DROGENKURIER

RUNDBRIEF DES BUNDESWEITEN JES-NETZWERKS

OKT. 2005
NR. 63

- JES verleiht Celia Bernecker Preis
- Politik auf Kosten substituierter Menschen
- Resümee des Gedenktags
- ...und vieles vieles mehr

JUNKIES EHEMALIGE SUBSTITUIERTE

LIEßE JES-AKTIVISTINNEN UND -AKTIVISTEN, LIEßE LESERINNEN UND LESER DES DROGENKURIER

IMPRESSUM
Nr. 63, Oktober 2005

Herausgeber des DROGENKURIER:
JES*-Netzwerk
c/o Deutsche AIDS-Hilfe e.V.
Dieffenbachstr. 33
10967 Berlin
Tel.: 030/69 00 87-56
Fax: 030/69 00 87-42
Mail:
jes-sprecherrat@yahoogroups.de
http//: jes.aidshilfe.de

Dirk Schäffer (V.i.S.d.P.)

Mitarbeit:
Alexander Dietsch
Mathias Häde
Marco Jesse
Dimi Katergaris
Sabine Lahmer
Ilona Rowek
Imke Sagrudny
Claudia Schieren
Frank Wiedtemann

Satz und Layout:
Carmen Janiesch

Druck:
Medialis

Auflage:
1.000 Exemplare

*Junkies, Ehemalige, Substituierte

Ihre und eure positiven Rückmeldungen zum DROGENKURIER im neuen Gewand haben wir mit großer Freude zur Kenntnis genommen. Dieser große Zuspruch wird für uns Motivation sein auch zukünftig dafür Sorge zu tragen, dass der DROGENKURIER sowohl mit der Wahl seiner Themen als auch der graphischen Aufbereitung den gewählten Standard beibehält. Hierbei sei deutlich erwähnt, dass der DROGENKURIER – als Rundbrief des bundesweiten JES Netzwerks – auch zukünftig ein Medium von Drogengebrauchern für Drogengebraucher ist.

Wir wollen den DROGENKURIER aber auch nutzen um unsere Interessen, Belange und Standpunkte einer größeren Gruppe von Menschen vorzustellen die sich im Kontext von Drogengebrauch, HIV/AIDS und Drogen- und Gesundheitspolitik engagieren.

Wir freuen uns Ihnen und euch auch in der aktuellen Ausgabe des DROGENKURIER eine ganze Palette interessanter Themen vorstellen zu können.

So setzen wir uns in dieser Ausgabe kritisch mit der Haltung des Dachverbands substituierender Ärzte (DSÄ) auseinander und geben einen Einblick in wesentliche Bereiche des Drogen- und Suchtberichts der Bundesregierung.

Als JES Netzwerk waren wir mit einem Infostand und Workshops beim Deutsch-Österreichischen AIDS Kongress in Wien vertreten. Eindrücke dieser Veranstaltung sind in dieser Ausgabe ebenso zu finden wie ein Resümee des Gedenktags für verstorbene Drogengebraucher.

Das bundesweite JES Netzwerk freut sich ebenfalls den aktuellen Preisträger der Celia Bernecker Medaille (die höchste Auszeichnung des JES Netzwerks) in dieser Ausgabe vorstellen zu können.

Das Drogenselbsthilfe weiterhin Gegenstand ideologischer Stimmungsmache rechter Kräfte in dieser Republik ist, machen die Vorkommnisse in Köln mehr als deutlich, die in dieser Ausgabe thematisiert werden.

Weiterhin berichten wir über unterschiedliche Veranstaltungen an denen JES teilgenommen hat, bieten einen Überblick unserer neuen Medien und stellen die Aktion AntiSTigma vor.

Profit auf Kosten substituierter Menschen

Dachverband substituierender Ärzte (DSÄ) verunglimpft Substituierte

Um eines vorweg zu klären: Hier geht es nicht um eine generelle Kritik an Medizinern die in der Substitutionsbehandlung tätig sind. Durch unsere eigenen Lebenswelten und die Arbeit im Bereich der Drogen-Gesundheitspolitik haben wir viele sehr engagierte und qualifizierte Suchtmediziner kennen gelernt und viele der bei JES engagierten Menschen haben sehr gute Erfahrungen in der Substitutionsbehandlung gemacht.

Hier allerdings geht um einen vermeidlichen Dachverband substituierender Ärzte, die ihre durchaus legitimen Forderungen nach einer Verbesserung der Abrechnungssituation mit menschenverachtenden und in höchsten Maße unfachlichen Argumenten in Bezug auf Patienten in der Substitutionsbehandlung begründen:

Damit deutlich wird, was wir als bundesweites JES Netzwerk hiermit meinen, folgt nun eine Listung der Argumente dieses Dachverbands die eine bessere Entlohnung rechtfertigen soll:

Die nachfolgenden auszugsweise abgedruckten Zitate stammen aus:

„Stellungnahme des DSÄ zur Abrechnungssituation bei Substituierten und Forderungen für den neuen EBM" des Dachverbands substituierender Ärzte (DSÄ)

> ***Praxissituation bei Substitution:***
> Eine Substitutionspraxis trägt ein erhöhtes unternehmerisches Risiko durch mögliche Image- und Umfeldprobleme sowie des Verlusts eines Teils der Normalpatientenschaft.
>
> Zur Sicherstellung eines qualifizierten Substitutionsschwerpunktes mit funktionierender Einbindung in den hausärztlichen Praxisalltag fallen erhebliche Investitionen an:
>
> › Einbruchssicherung der Praxis, Tresorlagerung von zu bevorratenden Btm, Einrichtung einer separaten Toilette für die Substituierten, separate Warte und Behandlungsräume, personal- und zeitintensive Maßnahmen wie Alkoholkontrollen und Gewinnung von Urinkontrollen unter Sicht – ersatzweise Installation einer Videoanlage

Der DSÄ spricht hier von Sicherstellung eines qualifizierten Substitutionsschwerpunktes. Ist das Qualität? Hier werden Forderungen nach einer besseren Abrechnungspraxis mit menschenverachtenden Maßnahmen begründet die uns aus keiner Praxis bekannt sind.

Hier wird substituierten Menschen ausschließlich mit Kontrolle und Separation begegnet. Warum benötigen Substituierte Patienten eigene Wasch- und Behandlungsräume? Uns sind durchaus getrennte Toiletten für das Personal und die Patienten bekannt aber betrennte Wasch- und Behandlungsräume für Substituierte und „Normalpatienten".....?

Installation einer Videoanlage zur Gewinnung von Urin unter Sicht. Dort soll also „Urin gewonnen" werden bzw. die Urinabgabe mit einer Videokamera dokumentiert werden.

Welches Menschenbild liegt diesem unglaublichem Müll zugrunde? Haben sich solche Mediziner für eine Behandlung Drogen gebrauchender Menschen nicht völlig disqualifiziert?

Hier werden Drogen Gebrauchende Menschen die sich in einer Substitutionsbehandlung befinden als hochgradig kriminelle, zu kontrollierende und zu separierende Wesen bezeichnet.

Wir fragen uns wieso sich diese Ärzte, die für dieses Machwerk von Ungeheuerlichkeiten Verantwortlich zeichnen, überhaupt entschieden haben eine Substitution durchzuführen.

Es braucht nicht viel Phantasie um sich die Art und Weise des Umgangs mit substituierten Patienten in diesen Praxen vorstellen zu können.

„Suchtmedizinische Qualifikation"

Vor dem Hintergrund dieser Aussagen, gilt es auch einen Blick in die Inhalte der „suchtmedizinischen Zusatzqualifikation" für Ärzte zu werfen. Jeder Arzt der substituieren möchte benötigt solch eine Qualifikation (Ausnahme: Konsiliarregelung)

Die Position des DSÄ lassen bei uns allerdings Zweifel daran aufkommen ob Ärzten in dieser Fortbildung auch Inhalte über die Lebenssituationen und Lebenshintergründe Drogen gebrauchender Menschen vermittelt werden?

Aber es kommt noch „besser". In der Stellungnahme heißt es weiter:

> Suchtpatienten sind oft verhaltensauffällig und führungsbedürftig wie Psychotiker

Diese Ungeheuerlichkeiten müssten eigentlich viele hundert substituierende Ärzte auf den Plan rufen. Wir als Interessenvertretung Drogen gebrauchender und substituierter Menschen fordern Suchtmediziner die z.B. in der DGS zusammengeschlossen sind auf,

ihren Standeskollegen die Stirn zu bieten und diesen Aussagen entgegenzutreten.

Wir als Substituierte und ehemals Konsumierende fühlen uns verletzt und gedemütigt.

Besonders verachtenswert ist aber der Hintergrund vor dem diese Aussagen getroffen werden.

Mag sein das die Substitution durch die Krankenkassen nicht ausreichend vergütet wird. Aber dies ist keine Art eine Erhöhung der Vergütung argumentativ zu unterstützen.

Hier wird Politik auf Kosten substituierter Menschen gemacht um eigene Bedürfnisse durchsetzen zu wollen. Dies lassen wir uns als Interessenvertretung JES nicht gefallen.

Spritzen und Nadeln nicht achtlos wegwerfen!

Safer use ist gut für dich und andere!

Wir würden den Lesern des DROGENKURIER gerne die Möglichkeit bieten mehr über den DSÄ zu erfahren. Leider hat die derzeitige Internetpräsentation unter www.dachverband.net die gleiche Qualität wie die hier getätigten Aussagen.

Wir haben diesem „Dachverband" einen Brief geschrieben indem wir unsere Verständnislosigkeit deutlich zum Ausdruck gebracht haben.

Es hat uns nicht überrascht, dass unsere Argumente von Seiten des DSÄ überhaupt nicht verstanden wurden und die Antwort des DSÄ vor Unverschämtheit und Unsachlichkeit strotzt.

Nachfolgend in Auszügen also der Briefwechsel zwischen dem JES – Sprecherrat und dem Dachverband substituierender Ärzte.

Dirk Schäffer

An den Dachverband substituierender Ärzte Deutschlands e.V.
Dr. W. Siepe
Eigelstein 103
50668 Köln

Stellungsnahme des DSÄ

Berlin, 2005-02-09

Sehr geehrter Herr Dr. Siepe,
wir beziehen uns auf die von Ihnen verfasste „Stellungnahme des DSÄ zur Abrechnungssituation bei Substitution und Forderungen für den neuen EBM" vom 15.03.2004.

Auch uns – als Interessenvertretung drogengebrauchender und substituierter Menschen – sind die sich ändernden Rahmenbedingungen mit denen substituierende Arztpraxen konfrontiert sind, bekannt.

Bei allem Verständnis für Ihre Situation darf dies jedoch nicht dazu führen, dass substituierte Menschen dazu benutzt werden um Ihre eigene Interessenlage zu stützen.

Es ist uns deshalb ein dringendes Bedürfnis unserer Entrüstung mit diesem Schreiben Ausdruck zu verleihen.

Substituierte werden in Ihrer Stellungnahme gänzlich undifferenziert und in völlig überzogener Art und Weise dargestellt. Für das von Ihnen dargebotene fehlt es uns entsprechend an Verständnis. Die Gesamtheit aller substituierter Menschen platt als „Monster" darzustellen um eigene Bedürfnisse durchsetzen zu wollen, basiert auf einer menschenverachtenden Sichtweise.

Wir empfinden es als äußerst bedauerlich, dass sich diese Sichtweise entwickeln konnte.

Mit freundlichem Gruß
für den JES Sprecherrat – M. Jesse

Hier nun die Antwort des DSÄ wobei wir euer Augenmerk auf den letzten Absatz lenken wollen!!

Dachverband substituierender Ärzte Deutschlands e.V.
Dr. Wilhelm Siepe, Generalsekretär, Eigelstein 103, 50668 Köln, tel: 0221/12 37 52, fax -912 35 33

Köln, 21.02.05

Sehr geehrter Herr Jesse,
Sie üben Kritik an der „Stellungnahme des DSÄ zur Abrechnungssituation". Dieses Papier ist eine Arbeitsgrundlage für Verhandlungen mit der kassenärztlichen Vereinigung und beschreibt nicht die Suchtkrankheit oder die Suchtkranken an sich.

Sie finden, dass die Patienten für eigene Interessen missbraucht werden, dass Substitutionspatienten undifferenziert und überzogen dargestellt, ja sogar zu „Monstern" erklärt werden, und dies, um eigene Interessen durchzusetzen.

Ich substituiere seit 20 Jahren. Damals gab es damit nichts zu verdienen, dafür aber eine ärztliche Tätigkeit mit einem Bein im Knast.

In Ihrem Brief klingt Sozialneid an, den es so wie in Deutschland in keinem anderen Land der Welt gibt. – Dies ist eine über 50 Jahre alte Gemeinsamkeit von Rechten und Linken in Deutschland, die – wenn man sie von Ideologie oder Gutmenschentum entkleidet – das reine Spießertum offenbart..

Ihre Vorwürfe über die schlechte Darstellung von Suchtpatienten kann ich in unserem Statement nicht wiederfinden. Wenn Sie aber an Feindbildern interessiert sind, so dürfen Sie mich – sofern Sie mich mit weiteren Briefen verschonen – gern in Ihrem Zoo behalten, bis der Tag kommt, an dem Sie Derartiges loslassen können.

Schönen Gruß – Siepe

Der Drogen- und Suchtbericht im Blickfeld

Im Mai 2005 stellte die Drogenbeauftragte der Bundesregierung Frau Marion Caspers Merk den Drogen und Suchtbericht für das Jahr 2004 vor und zog ein ambivalentes Fazit.

Neben den ihrer Ansicht nach positiven Entwicklungen im Bereich von Drogentodesfällen, sieht sie eine erfreuliche Tendenz im Bereich der legalen Suchtstoffe. So ist die Raucherquote bei 12-17 jährigen Jugendlichen um 5 % zurückgegangen.

Alarmierend bezeichnet sie hingegen den steigenden Konsum von Cannabis unter Jugendlichen und hat dieses Thema daher auch zu einem Themenschwerpunkt ihrer Arbeit gemacht.

Wir wollen hier einen kleinen Einblick in jene Themenbereiche geben, die uns besonders wichtig erscheinen. Mit einer Kommentierung und einer Bewertung wollen wir uns als JES Netzwerk in diesem Beitrag zurückhalten.

Substitution

Neben einer drogenfreien ambulanten oder stationären Therapie, der sich in Deutschland momentan ca. 10.000 Menschen unterziehen, gibt es das Angebot einer substitutionsgestützten Therapie das etwa 56.000 Heroinkonsumenten wahrnehmen.

Seit dem 1. Juli 2002 hat jeder Arzt, der Substitutionsmittel für einen opiatabhängigen Patienten verschreibt, der Bundesopiumstelle im BfArM unverzüglich die in § 5a Abs. 2 BtMVV vorgeschriebenen Angaben (insbesondere Patientencode, Substitutionsmittel, Beginn und Ende der Behandlung, ggf. Konsiliarius) zu melden. Ferner haben die Ärztekammern zum 31. März und 30. September der Bundesopiumstelle die Ärztinnen und Ärzte, die die Mindestanforderungen an eine suchttherapeutische Qualifikation erfüllen, gemäß § 5a Abs. 5 Satz 1 BtMVV mitzuteilen.

Zu den Aufgaben des Substitutionsregisters gehören insbesondere die frühestmögliche Verhinderung von Mehrfachverschreibungen von Substitutionsmitteln durch verschiedene Ärzte für denselben Patienten, die Überprüfung der Erfüllung der Mindestanforderungen an eine suchttherapeutische Qualifikation der Ärztinnen und Ärzte und die Übermittlung statistischer Auswertungen an die zuständigen Überwachungsbehörden und obersten Landesgesundheitsbehörden

Obwohl elektronisch ausfüllbare Meldeformular sowie Informationen zum Substitutionsregister im Internet unter www.bfarm.de zur Verfügung stehen, sind circa 75 % der eingehenden Meldeformulare handschriftlich ausgefüllt. Die Meldungen erfolgen derzeit ausschließlich schriftlich per Post und die gemeldeten Daten werden manuell in die Datenbank des Substitutionsregisters eingegeben.

Innerhalb der ersten zweieinhalb Jahre der bestehenden Meldepflicht (1. Juli 2002 bis 31. Dezember 2004) wurden rund 156.900 Substitutionsbehandlungen im Substitutionsregister erfasst. Davon wurden ca. 98.500 Behandlungen bereits wieder beendet. Diese hohen Zahlen sind die Folge davon, dass oftmals dieselben Patienten innerhalb weniger Monate entweder durch denselben Arzt oder auch durch verschiedene Ärzte mehrfach an- und wieder abgemeldet wurden. Die Zahl der aktuell in Behandlung befindlichen und gemeldeten Patientinnen und Patienten steigt seit Beginn der Meldepflicht kontinuierlich an.

Anzahl gemeldeter Substitutionspatienten in Deutschland*

Stichtag	Anzahl
01.07. 2002 (Beginn der Meldepflicht)	46.000
01.07. 2003	52.700
01.07. 2004	57.700

Die Anzahl der meldenden substituierenden Ärzte liegt deutlich niedriger als die Anzahl der seitens der Ärztekammern gemeldeten suchttherapeutisch qualifizierten Ärzte.

Anzahl der substituierenden bzw. suchttherapeutisch qualifizierten Ärzte in Deutschland in 2004*

Ärzte	Anzahl
Meldende substituierende Ärzte	2.620
von substituierenden Ärzten gemeldete Konsiliarien	260
Ärzte mit suchttherapeutischer Qualifikation lt. Ärztekammer-Meldungen	8.500

** Quelle: Drogen- und Suchtbericht*

Das überwiegend gemeldete Substitutionsmittel ist Methadon. Auffällig ist allerdings der in den vergangenen Jahren ansteigende Anteil an Buprenorphin

Art und Anteil der gemeldeten Substitutionsmittel in Deutschland*

Substitutionsmittel Anteil in %	2002	2003	2004
Methadon	72,1	70,8	68,3
Levomethadon (Polamidon)	16,2	14,8	15,0
Buprenorphin	9,7	13,0	15,6
Dihydrocodein	1,7	1,2	0,9
Codein	0,3	0,2	0,2

** Quelle: Drogen- und Suchtbericht*

Der Gemeinsame Bundesausschuss (GBA) hat im November 2004 beschlossen, die Befristung der so genannten „Konsiliarregelung" in den BUB-Richtlinien aufzuheben. Danach darf ein Arzt ohne suchttherapeutische Qualifikation bis zu drei Patienten behandeln, sofern er die Behandlung mit einem suchttherapeutisch qualifizierten Arzt (Konsiliarius) abstimmt.

Die Kostenübernahme durch die gesetzliche Krankenversicherung für diese Regelung war ursprünglich bis zum 31. Dezember 2004 befristet; sie gilt jetzt zeitlich unbeschränkt.

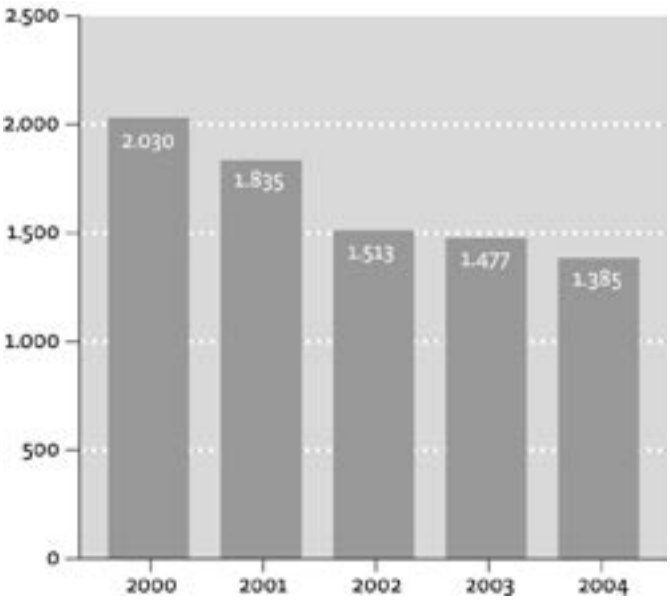
Für: Menschenwürde in der Drogenpolitik
Gegen: Diskriminierung und Ausgrenzung

Drogentodesfälle

Nach offiziellen Zahlen starben im Jahr 2004 in Deutschland 1.385 Menschen infolge ihres Drogenkonsums. Der Anteil von verstorbenen Drogengebraucherinnen liegt bei 15 %.

Mit 123 Personen beträgt der Anteil der Aussiedler 9 %. Die absolute Zahl ist gegenüber dem Vorjahr um 15 % zurückgegangen, dennoch bleibt der Anteil der Aussiedler an den Drogentoten in Relation zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung Deutschlands auf hohem Niveau.

Drogentodesfälle in Deutschland 2000–2004



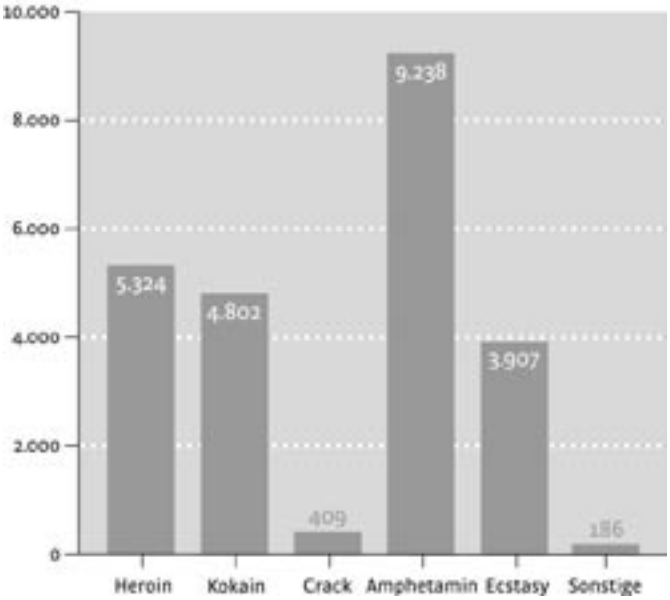
Erstauffällige Konsumenten harter Drogen (EKhD)

Die Anzahl der EKhD ist nach Angaben des Bundeskriminalamtes im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um **18 % auf 21.100** registrierte Personen angestiegen.

Nach Einschätzung des BKA ist diese Entwicklung insbesondere auf den Anstieg der EKhD bei den synthetischen Drogen (Amphetamin + 40 %; Ecstasy + 17 %) sowie bei Kokain (+ 11 %) zurückzuführen. Der seit 1997 festzustellende Rückgang der EKhD von Heroin setzt sich, wenn auch abgeschwächt (– 2 %), im Jahr 2004 fort.

Dirk Schäffer

EKhD nach Substanzen für das Jahr 2004



Rechtsextremisten agitieren gegen Junkie Bund in Köln

Seit einiger Zeit schlägt sich der Junkie Bund in Köln, das „dienstälteste" Kontakt –und Informationszentrum für Drogengebraucher im bundesweiten JES-Netzwerk mit einer Kampagne der „Bürgerbewegung pro Köln" herum, die die Schließung des Kontaktladens in der Taunusstrasse zum Ziel hat.

Damit man sich einen Eindruck zum Hintergrunds dieser „Bürgerbewegung" machen kann, hier ein Absatz aus dem „Informationsdienst gegen Rechtsextremismus:

Das Informationszentrum des JBK

„Die „Bürgerbewegung pro Köln e.V." ist ein Ableger der rechtsextremen Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) und wurde 1996 von dem Rechtsextremisten und ehemaligen NPD- und REP-Mitglied Manfred Rouhs sowie von dem Rechtsanwalt und Ex-Republikaner Markus Beisicht gegründet. Beide kennen sich seit ihrem Jura-Studium an der Kölner Universität, wo sie Mitglieder in der deutschnationalen Studentenverbindung „Ring Freiheitlicher Studenten" (RFS) waren. Zusammen mit weiteren abtrünnigen Republikanern, u.a. Harald Neubauer und Karl Richter, waren Rouhs und Beisicht auch an der Gründung der DLVH beteiligt, die von 1991 bis 1993 in Fraktionsstärke im Kölner Stadtrat vertreten war. „Pro Köln" versucht durch ein bürgernahes Biedermann-Image vor allem Wähler aus der Mittelschicht anzusprechen, präsentiert sich als konservative, demokratische Alternative zu den „Altparteien" und ist bemüht, sich mit kommunalpolitischen Themen zu profilieren. In ihrem „6-Punkte-Programm" bekennt sie sich zu Weltoffenheit, Toleranz und zum Grundgesetz. [1] Was „Pro Köln" tatsächlich darunter versteht wird evident, wenn man sich die konkreten Wahlkampfthemen oder Mottos der von „Pro Köln" organisierten Demonstrationen und Aufmärsche anschaut: Kampf gegen Moscheebauten, Minderheiten, Flüchtlingsquartiere, rumänische Kinder (in Pro Köln-Publikationen bevorzugt als „Roma-Klau-Kids" diffamiert) und gegen die Errichtung einer forensischen Klinik. So lauteten die Forderungen in einem Faltblatt zur Kommunalwahl: „Kein Geld für: Multi-Kulti-Prestigeobjekte wie Großmoscheen, islamische Kulturvereine u.ä., den Christopher-Street-Day oder sonstige Lesben- und Schwulenеinrichtungen, den städtisch eingerichteten Drogenstrich und Fixerstuben."

Dabei war die Freude groß als der Junkie Bund Köln am 30. 10. 2003 innerhalb des Stadtteils in die neuen Räume umziehen konnte. Die anfängliche Euphorie wurde jedoch vehement gebremst, da der aus fachlicher Sicht ideale Standort (nahe der offenen Drogenszene „Kalk/Post") der „Bürgerbewegung" ein Dorn im Auge war. Alle Bemühungen des JBK zur Nachbarschaftsverträglichkeit beizutragen (Tag der offenen Tür) waren unter diesen Voraussetzungen wenig erfolgreich.

Die Anfeindungen gegen das Engagement des Junkie Bund fanden ihren Höhepunkt in einem zweimaligen Verkleben der drei Eingangstüren und Sitz-, bzw. Stehblockaden vor dem Ladenlokal. Bernd Lemke, der Geschäftsführer des Junkie Bundes sieht allerdings immer noch Licht am Ende des Tunnels. „Inzwischen haben sich die Wogen etwas geglättet, einige Nachbarn kommen nun zum Kaffeetrinken zu uns", so Bernd gegenüber dem Kölner Stadtanzeiger.

In einem Beitrag im Kölner Stadtanzeiger wird das Angebot des Junkie Bund Köln ausführlich vorgestellt. Mehr dazu unter: http://www.ksta.de/html/artikel/1122811438165.shtml

Wir wünschen Bernd und den KollegInnen im Junkie Bund einen langen Atem und viel Standfestigkeit gegen diese vermeidliche „Bürgerbewegung".

Dirk Schäffer

Festnahme im Rahmen einer Gedenkfeier am 21. Juli

Was in Stuttgart während der Gedenk- und Trauerfeier für verstorbene DrogengebraucherInnen passiert ist, kann ohne weiteres als Skandal bezeichnet werden und lässt uns Fragen nach der Verhältnismäßigkeit polizeilicher Maßnahmen und der Menschenwürde stellen.

Ist dies ein Rahmen für eine Festnahme?

Entsetzen und Sprachlosigkeit nach Polizeiaktion in Stuttgart

Was war passiert?

Am Dienstag den 19.07.2005 gab es innerhalb der Stuttgarter Obdachlosen- und Drogenszene einen „Raubüberfall" bei dem eine Zugehörige der Szene von einem anderen Szeneangehörigen mit einem Messer bedroht und um 95 € „erleichtert" worden war.

Sicherlich ein ernstzunehmendes Delikt, dass aber aufgrund von Illegalität und erforderlicher Beschaffungskriminalität um die Preise des Schwarzmarktstoffs bezahlen zu können leider an der Tagesordnung ist.

Am 21. Juli begab sich der mutmaßliche Täter mit mehr als 100 anderen TeilnehmerInnen zum Gedenkgottesdienst in die Leonhardkirche um verstorbenen Freunden zu Gedenken. Hier wurde er vom Opfer entdeckt und herbeigerufene Polizisten positionierten sich in Uniform vor der Kirche und Zivilbeamte in der Kirche.

Die Zivilbeamten setzten sich zu ihm in die erste Reihe und forderten ihn auf mit nach draußen zu kommen, wo er sich widerstandslos Festnehmen ließ.

Drogenselbsthilfe? Na klar!!

Hier stellt sich für uns als JES Netzwerk die Frage der Verhältnismäßigkeit sowie der Notwendigkeit.

Man stelle sich vor der mutmaßliche Täter hätte nicht so besonnen reagiert sondern sich in der Kirche der Festnahme widersetzt. Da von Fluchtgefahr nicht auszugehen war, hätte die Festnahme auch eine halbe Sunde nach der Veranstaltung stattfinden können.

Dieser Meinung ist auch AIDS Seelsorger Petrus Ceelen der die Polizei beschuldigte "Tumulte in der Kirche in Kauf genommen zu haben". Er meinte weiter: "Angesichts der hohen Kriminalisierung Drogen gebrauchender Menschen sei die Klage bestätigt, dass sich die Polizei immer mehr Rechte herausnehme."

Die Organisatoren des Gedenktages wie AIDS-Hilfe, Lagaya, JES, Release, der Freundeskreis Drogenabhängiger, Brücke und Caritas reagierten auf diese Aktion zutiefst entsetzt und aufgebracht.

Zu der Polizeiaktion passt auch die Aussage der Stuttgarter Polizei, die die Aktion vom Ergebnis her als richtig bezeichnete.

„Gedenken mit politischen Forderungen verbinden“

JES Aktionen am Gedenktag für verstorbene Drogengebraucher

„In diesem Jahr waren alle mit viel mehr Engagement beim Gedenktag dabei um unseren verstorbenen Drogen gebrauchenden Freunden und Partnern und Bekannten zu gedenken und politische Forderungen zu formulieren damit dem Sterben Drogen gebrauchender Menschen ein Ende gesetzt wird“, so ein JES Mitglied aus Nordrhein-Westfalen. Viele JES Gruppen dachten ähnlich, denn der nun bereits zum 8. Mal durchgeführte Gedenktag am 21. Juli drohte etwas aus der öffentlichen Wahrnehmung zu verschwinden.
Unterstützt durch ein bundesweites JES Plakat zum Gedenktag sowie einem bundesweiten Forderungskatalog der die Regelversorgung mit Heroin in den Mittepunkt stellte, erhielt die Veranstaltungen rund um den Gedenktag den erforderlichen Rückenwind. So nahmen mehr Gruppen teil als in den Vorjahren und das öffentliche Interesse (insbesondere der Presse) war überdurchschnittlich.

Der DROGENKURIER gibt nachfolgend einen Einblick in unterschiedliche Veranstaltungen der Drogenselbsthilfe JES.

Bremen, JES Bremen

Regenstürme und Fernsehteams am Tag des Gedenkens
Auch Regengüsse und Sturmböen konnten die Mitglieder von JES Bremen nicht davon abhalten zum Gedenktag einen Kranz vor der Gedenktafel in der Bremer Innenstadt niederzulegen und dies mit der Forderung nach einer Zulassung von Heroin als Medikament zu verknüpfen.

Viele Fernsehsender sollten sich ein Beispiel am Bremer Fernsehen nehmen, die die Gelegenheit nutzen um – auch unter diesen denkbar schlechten Rahmenbedingungen – einen Beitrag für das Regionalfernsehen zu drehen. Der Beitrag kann unter: http://www.radiobremen.de/tv/buten-un-binnen/archiv.php3 herunter geladen werden.

Die Bremer Gedenktafel

Nürnberg, Junkie Bund Nürnberg

Nürnberg – Aktionen des Junkie Bundes
Wie seit bereits vielen Jahren, war der Junkie Bund Nürnberg auch am 21.Juli 2005 wieder mit einem Infotisch in der Nürnberger Innenstadt zugegen um mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. In Nürnberg wiesen viele Plakate an prominenten Plätzen auf die Aktion des Junkie Bund hin. Die Aufmerksamkeit der Bürgerinnen und Bürger in Nürnberg hielt sich allerdings in Grenzen

Luftballons des Junkie Bunds Nürnberg für verstorbene vor der Lorenzkirche (Foto: M. Matejka)

Stuttgart, JES Stuttgart

Skandal in Stuttgart – Festnahme beim Gedenktag

Auch in Stuttgart verliefen die Vorbereitungen zum Gedenktag am 21 Juli vorbildlich, Gemeinsam mit der Stuttgarter AIDS Hilfe, der Drogenhilfe und der Kirche organisierte JES Stuttgart einen bemerkenswerten Gedenktag mit Infoständen und Aktionen in der Innenstadt.

Das die Stuttgarter Polizei die Gedenkfeier von Pfarrer Ceelen nutzte um in der Kirche die Festnahme eines Teilnehmers vorzunehmen kann sicherlich als einer der unwürdigsten Akte der Gedenktagsgeschichte bezeichnet werden (Hier an anderer Stelle im DROGENKURIER mehr.

Trotz dieses Zwischenfalls waren die Ideen der in Stuttgart teilnehmenden Organisationen herausragend und gehörten zu den Höhepunkten des diesjährigen Gedenktages.

Gedenkgottesdienst mit Petrus Celen

Infostand in Stuttgart, R.Baur JES (Mitte)

Bonn, JES Bonn

Trauer und die Forderung nach Liberalisierung

Am „8. Nationalen Gedenktag für verstorbene DrogengebraucherInnen“ haben die AIDS-Initiative Bonn (AIB) und Junkies, Ehemalige, Substituierte (JES) ein Mahnmal für Alexander, Stefan und andere Drogentote aufgestellt. Die verstorbenen Junkies (2005 hat die Polizei bislang sechs Bonner Drogentote verzeichnet) „sind für uns keine toten Toten“, sagt Christa Skomorowsky aus dem JES-Landesvorstand. „Wir sehen sie vielmehr als Opfer einer inhumanen Drogenpolitik und verknüpfen unsere Trauer mit der Forderung nach Liberalisierung.“

Derselben Meinung ist der Bremer Kriminologe und Soziologe Henning Schmidt-Semisch: „Die Illegalität der Drogen schafft Kriminalität und macht Konsumenten krank durch schlechte Qualität der Substanzen und mangelnde Hygiene.“ Die AIDS Initiative Bonn, JES und Schmidt-Semisch teilen den Wunsch, dass Heroin eines Tages als Arzneimittel anerkannt wird und Ärzte es ähnlich wie Methadon verschreiben. Wie unpopulär ihr Ziel ist wissen sie. Auch, dass allein das Wort Heroin bei vielen Menschen ein ganzes Bündel negativer Assoziationen auslöst. „Immerhin hat sich etwas getan. Ich hätte vor zehn Jahren nicht gedacht, dass wir in Bonn und in sechs weiteren deutschen Städten eine Heroin-Studie haben werden“, sagt Skomorowsky.

gekürzter und veränderter Artikel der KStA vom 23/0705. Original unter: http://www.ksta.de/html/artikel/1121945116310.shtml

Ort des Gedenkens in Bonn

Großes Interesse der Bonner Bürger

Berlin, Fixpunkt e.V (JES Sprecherrat)

Der etwas andere Gedenktag in Berlin

Da es zum Zeitpunkt des Gedenktages in Berlin keine wirkliche JES Gruppe gab hatte der Gedenktag in Berlin, wie bereits im vergangenen Jahr; einen etwas anderen Charakter als in vielen anderen Städten. Für das bundesweite JES Netzwerk nahm die JES-Bundessprecherin Claudia Schieren an der Veranstaltung teil.

So stellte der Verein Fixpunkt e.V. lediglich das notwendige Equipment, wie eine Lautsprecheranlage, Rosen und Gedenkkarten zur Verfügung, während die Gestaltung des Gedenktages selbst in Händen der Szene am Kottbusser Tor lag.

Hier erlebte man keine geschliffenen Reden, kein organisiertes Gedenken, Musikbands uvm.

Wer wollte konnte das Mikro ergreifen und gerade das sagen was ihm/ihr in den Sinn kam. Eine Gedenkminute wurde selbstorganisiert indem einer rief „Ey nehmt euch mal an die Hänge und haltet mal nen Moment die Schnauze“ Dutzende von Usern, legen weiße Rosen für ihre Verstorbenen nieder und schrieben die Namen auf Gedenkkarten. Insbesondere viele Türkische oder Kurdische Drogengebraucher nahmen dieses Angebot an. Politische Forderungen, Infoflyer suchte man hier vergebens und dies war wahrscheinlich richtig so, da die hier Teilnehmenden daran wenig Interesse gehabt hätten.

Anfangs etwas irritiert, imponierte mir dieser Art des Gedenkens im Laufe der Veranstaltung immer mehr. Ein Gedenktag von Drogengebrauchern für Drogengebraucher in Reinkultur.

Weiße Rosen für Verstorbene

Wuppertal, JES Wuppertal

„Allen geht es hier um dasselbe“

Die zentrale Veranstaltung zum 21.Juli fand wie in den Jahren zuvor in Wuppertal statt.

Die Einzigartigkeit dieser Veranstaltung liegt in der Beteiligung fast aller Einrichtungen und Initiativen der Aids- und Drogenhilfe in Wuppertal. Neben der Drogenselbsthilfe, der Elternselbsthilfe, der Aids Hilfe und der Drogenhilfe sowie Cleanstreets nahm auch die Suchthilfe mit Blaukreuz Gruppen am Gedenktag teil. Für den JES Landesverband war Mathias Häde anwesend.

Alexander Dietsch von JES Wuppertal hielt eine engagierte Rede wobei er auf gesellschaftliche Veränderungen abhob wie dazu beitragen das Drogengebraucher noch weiter an den gesellschaftlichen Rand gedrängt werden.

Der Infostand von JES Wuppertal war heiß begehrt

Das Plakat zum Gedenktag im Einsatz

Köln, Junkie Bund Köln

In Köln blieben die Junkies ziemlich alleine

„32 Drogentote im vorigen Jahr. In diesem Jahr sind es schon 23!", beklagte Bernd Lemke, Geschäftsführer des Junkie Bundes Köln, beim Fest auf dem Rudolfplatz, zu dem sein Verein eingeladen hatte. Nach Jahren mit rückläufigen Zahlen hält er in 2005 einen Anstieg für „sehr wahrscheinlich". Von der Stadt, so Lemke, habe sich den ganzen Tag über niemand blicken lassen. Dabei wollte er die seit Jahren erhobene Forderung nach einem zweiten Konsumraum erneuern. Bislang gebe es nur einen Raum im Hauptbahnhof.

Stattdessen fand Lemke das Gespräch mit Kölner Bürgern. Es gab Faltblätter und ein kostenloses Konzert. Eine Klagemauer mit den Namen verstorbener Drogengebraucher stimmte nachdenklich. „Ziel war nicht nur die Erinnerung an verstorbene Drogengebraucher, sondern vor allem ein Appell zur größeren Unterstützung an Öffentlichkeit und Politik", betont Bernd Lemke.

gekürzter und veränderter Artikel der KR vom 23/0705. Original unter: http://tinyurl.com/ban2e

Neben dem Gedenken ...

... wurde auch musikalisch etwas geboten

Kassel, JES Kassel

Gemeinsames Gedenken von Drogengebrauchern und Drogenhilfe

In Kassel trafen sich zahlreiche Menschen bei der Drogenhilfe in der Schillerstraße 2. Dort hatte die JES Gruppe aus Kassel eine Gedenktafel anbringen lassen. Die Inschrift „Im Gedenken an die verstorbenen Drogenabhängigen" soll neben dem Gedenken auch kritisch mit der gegenwärtigen Drogenpolitik ins Gericht gehen, so ein JES Mitglied aus Kassel.

Nachdem man über viele Monate vergeblich einen Platz gesucht hatte um diese Gedenktafel anzubringen, weihten Silvia Köster, Winfried Gleisner und Ralf Mengner (Foto, von links) diese Tafel am 21.07. gemeinsam ein.

Nun hat die Gedenktafel von JES Kassel endlich ihren Platz gefunden

Teilnehmer der Aktion von JES Kassel am 21.07.2005

Heilbronn, JES Heilbronn

Stoppt das Sterben

Mit seiner flachen Hand fegt ein junger Mann sorgfältig ein paar Blätter den der Stufe, dann schreibt er in großen Buchstaben mit Kreide dorthin „In ewiger Treue“. Dies war einer der ergreifensten Momente des Gottesdienstes mit dem die JES Gruppe Heilbronn denen gedachte, die ihren Drogengebrauch nicht überlebt hatten. Um wie viele Menschen hier getrauert wird, wurde von Frank und Dimitrios von JES Heilbronn ganz bewusst nicht mit Zahlen erfasst, weil diese Statistiken nicht stimmen, so Frank Wiedtemann. Obwohl das gedenken an verstorbene Freunde und Bekannte im Mittelpunkt stand, machte die JES Gruppe in Heilbronn auf politische Veränderungen aufmerksam um das Sterben zu vermeiden. Eine dieser Forderungen war, Heroin als Medikament zuzulassen um mehr DrogengebraucherInnen die Chance einer optimalen Behandlung zu eröffnen.

Ein Altar auf der Treppe (Foto: D. Dierks)

Frankfurt, JES und AH Frankfurt

Aids-Hilfe und JES stehen für neue Drogenpolitik

Auch in diesem Jahr organisierten JES und die AIDS Hilfe in Frankfurt eine Veranstaltung zum 21.07 die großes öffentliches Interesse hervorrief.

Hierbei wurde ein Umdenken in der hessischen Drogenpolitik gefordert, das sich u.a. in Form einer schrittweisen Legalisierung bislang illegaler Substanzen manifestieren soll. So wurde von den Veranstaltern die Frankfurter Drogenpolitik stark kritisiert da sie rückwärts gewandt sei und Drogenpolitik in Frankfurt kaum eine Rolle spielt.

Jürgen Klee von der AH Frankfurt und Christian Holl von JES machten deutlich, dass die Zahl der Menschen die an den Folgen des Drogenkonsums sterben mit einer Austrocknung des Schwarzmarkts zu minimieren wäre. Ein entscheidender Schritt hierfür ist aber die schrittweise Legalisierung. Wenn Ärzte Heroin für Heroinkonsumenten verschreiben könnten, würden auch gleichzeitig HIV- und Hepatitisinfektionen zurückgehen, so Jürgen Klee.

Mit der Heroinvergabe wurde im Rahmen des Gedenktages ein Thema diskutiert, dass in Frankfurt sehr aktuell ist.

In Frankfurt werden 96 Personen mit Heroin, 95 als Kontrollgruppe mit Methadon behandelt.

Nach übereinstimmender Einschätzung des Heroinbeirats ist die Studienambulanz Grüne Straße gut in ihr Umfeld integriert worden und die vielfach befürchteten Störungen oder Beeinträchtigungen durch den Betrieb der Einrichtungen sind nicht eingetreten.

Christian Holl von JES (Mitte), Jürgen Klee (links)

Infostand von JES und AH

Oldenburg, JES Oldenburg

Nico Meine (links) Indra Peters (Mitte) und Doris Eggers (rechts) verteilen Bauchtaschen mit Präventionsmaterialien (Foto: av)

Gedenktag zur Aufklärungsarbeit genutzt

Der eher ungünstige Standort und das schlechte Wetter konnten unsere KollegInnen von JES Oldenburg nicht davon abhalten am Julius-Mosen-Platz einen Infostand aufzubauen und am 21.Juli Bürgerinnen und Bürger über Drogengebrauch, HIV und Hepatitis aufzuklären. Unterstützt wurden sie hierbei von der Oldenburgischen Aids Hilfe.

Im Mittelpunkt stand hierbei den Ansatz der „akzeptierenden Drogenarbeit", der seit vielen Jahren von JES und AIDS Hilfe propagiert und in der Praxis umgesetzt wird, vorzustellen.

„Die Schwerpunkt-Forderungen an die Politik sind zum einem, den illegalen Drogengebrauch zu legalisieren, um so den kriminellen Aspekt mit all seinen Folgen aufzubrechen und Heroin als Medikament im Rahmen der HIV und Hepatitis-Prävention zuzulassen", erklärt Doris Eggers.

Am Infostand von JES erhielten Drogenkonsumenten eine kostenlose Hüfttasche mit sterilem Spritzbesteck und Präventionsmaterial.

München, JES München

Gedenken am Sendlinger Tor

Gemeinsam mit der Münchner AIDS Hilfe war JES München mit einem Infostand am Sendlinger Tor neben dem AIDS Memorial zugegen. Mit einer Kranzniederlegung gedachten sie den – offiziell – 61 DrogengebraucherInnen die im Jahr 2004 in München starben. Leider war die diesjährige Veranstaltung schlechter besucht als in den Vorjahren. Dies verwundert umso mehr als JES München Plakate in Substitutionspraxen, der AIDS Hilfe und allen Drogenhilfeeinrichtungen aufgehängt hatte.

Insgesamt zog JES München aber ein zufrieden stellendes Fazit, da JES München den Tod vieler DrogengebraucherInnen in angemessener Weise begehen konnte.

Infostand von JES-München mit Tobias (links) und Wolfgang

Das Aids-Memorial

Die Substitutions-Hotline von JES NRW

Ärger bei der Substitution? Wird etwa tendenziell diskriminiert? Wird der Datenschutz in der Umsetzung vor Ort vernachlässigt? Oder ist es gar kaum möglich, eine solche Behandlung zu erfahren? Diesen - und anderen - Fragen wird sich fortan ein Projekt des JES Landesverbands NRW widmen.

Die Planung

Ziel der Planungen von JES NRW e.V. ist die Einrichtung und das Betreiben eines Substituierten Telefons. Dieses wird allen Substituierten in NRW zur Verfügung stehen, um Probleme, Ärgernisse und Schwierigkeiten rund um die Substitution zu sammeln. Das Projekt soll in der Erprobungsphase zunächst etwa ein halbes Jahr laufen und dazu dienen, einen möglichst umfassenden Einblick in die Schwachstellen und Problemlagen der Substitutionsbehandlung zu erhalten. Die bereits durchgeführte Fragebogen-Aktion zum Thema "Nebenwirkungen der Opiat-Substitution3 konnte lediglich einen Teilbereich abdecken. Auch ließ bereits diese Aktion sehr viel weiter reichende Schwierigkeiten erahnen. Mittels der Hotline soll nun also die Dokumentation eines deutlich erweiterten Themenkanons ermöglicht werden. Dies kann uns als wertvolle Grundlage für weitere (auch politische) Aktivitäten im Sinne der Substituierten dienen.

Die Umsetzung

Die praktische Umsetzung ist über eine noch freie Telefonnummer des Junkie-Bunds Köln geplant. Sofern sich der Mehraufwand in vertretbaren Grenzen hält, soll die Organisationszentrale im Junkie-Bund Köln e.V. angesiedelt werden. Telefon und Anrufbeantworter werden dafür jeweils gesondert zur Verfügung stehen, um die entsprechenden Geräte der Kontakt- und Infostelle nicht zu blockieren. Drei Tage pro Woche, so die vorläufige Planung, sollte das Telefon für mindestens drei Stunden besetzt sein. Letztlich wird sich dies aber nach den hierfür zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen und der Nachfrage in der praktischen Umsetzung richten.

Um das Telefon landesweit bekannt zu machen, werden von Beginn an entsprechende Flyer verteilt. Es soll deutlich werden, wer der Anbieter ist, warum diese Aktion läuft und dass keine Beratung und/oder Unterstützung über die Telefon-Hotline geboten wird. Zusätzlich wird auf die Internetseite www.substitutions-hotline.de verwiesen, mit der JES Bielefeld e.V. die Telefon-Aktion erweiternd unterstützt. Mehr dazu in einem separaten Kapitel im Anschluss.

Zudem sind entsprechende Pressemitteilungen geplant.

Die Datenerhebung

Zur Erhebung der Daten sind – bei Telefon- wie Internet-Befragung – standardisierte Verfahren geplant. Zur Standard-Abfrage gehört beispielsweise die Frage nach der Herkunftsstadt, ob die Substitution in einer niedergelassenen Praxis oder in einer Ambulanz erfolgt, welches Substitut (und seit wann) genommen wird und vor allem, welche Lösungs-/Verbesserungsvorschläge die Substituierten zu dem jeweiligen Problem oder Vorgang haben.

Das Ergebnis

Sofern das Telefon ausreichend genutzt werden sollte, bietet sich eine Verlängerung der Aktion an. Die Ergebnisauswertung sollte im Anschluss allen Stellen/Organisationen zur Verfügung gestellt werden, die mit dem Thema Substitution befasst sind. Um langfristig Änderungen anstoßen zu können sollten die Ergebnisse auch auf der Bundesebene den zuständigen Behörden zugehen und über eine entsprechende Pressemitteilung zusätzlich in die Öffentlichkeit transportiert werden. Weiterhin sollen die – ggf. auch vorläufigen – Ergebnisse in die Themenstellung des Fachtags des bundesweiten JES Netzwerks zur Substitution einfließen. www.substitutions-hotline.de

Deutlich länger als die Telefon-Aktion dürfte das Internet-Projekt www.substitutions-hotline.de arbeiten. Die Website ist als ständiges Podium für die Belange der Substituierten angelegt. Außerdem richtet sich dieses Projekt ausdrücklich nicht allein an die Substituierten aus Nordrhein Westfalen.

JES Bielefeld e.V. hat eine entsprechende Website eingerichtet und ist nun bestrebt, diese sukzessiv mit Inhalten zu füllen. www.substitutions-hotline.de soll über den gesamten Themenbereich Substitution aufklären, neue wissenschaftliche Entwicklungen verständlich kommunizieren, Betroffene und Interessierte in speziellen Foren zur Debatte versammeln und, nicht zuletzt, über Webformulare auf einfache Weise anonyme Umfragen zum Thema Substitution ermöglichen. Letzteres auch als sinnvolle Ergänzung/Erweiterung des geplanten Telefon-Projekts für NRW. Das Telefon-Projekt von JES NRW wird, solange es läuft, denn auch über www.substitutions-hotline.de beworben werden.

Auf diese Weise bieten wir beides:

1. das persönliche Gespräch zum Thema am Telefon und
2. den Weg über das Internetformular für die tendenziell eher Schüchternen.

Anonymisiert, also keiner bestimmten Person zuzuordnen sein, werden die Daten dann in beiden Fällen!

Mathias Häde / Imke Sagrudny

Das undenkbare denken – Legalisierung

Unterschriftenaktion zur Legalisierung

Am Anfang dieser Aktion stand die Überlegung von Vertretern der akzeptierenden Elternverbände und des JES –Sprecherrats in welcher Form das Thema „Legalisierung" wieder in den Fokus der Öffentlichkeit transportiert werden könnte. Neben einer deutlichen Positionierung für eine tatsächliche Weiterentwicklung der Drogenpolitik, sollte mit dieser Aktion auch die Verbundenheit zwischen Eltern und JES demonstriert werden.

Unterstützt die Unterschriftenaktion „Legalisierung"

Die, anlässlich des Gedenktags am 21. Juli 2005 gestartete, gemeinsame Unterschriftenaktion zum Thema „Legalisierung illegalisierter Drogen" – stetes Anliegen von JES – schien, für beide Seiten eine angemessene Form der Umsetzung zu sein. Erste Entwürfe wurden erstellt und intern lebhaft diskutiert.

Im Zuge dieser wechselseitigen Debatten stellte sich dann recht schnell heraus, dass bei den Überlegungen zur konkreten Umsetzung einer Legalisierung durchaus Diskrepanzen bezüglich Methodik und Umfang bestanden. Teilweise sogar innerhalb der beiden Gruppierungen. Zwischenzeitlich sah es gar danach aus, als ob aus unserem schönen Plan nichts würde, so unvereinbar erschienen uns damals bisweilen die Positionen. „Bevor wir uns allzu sehr verbiegen, lassen wir es besser", war ein Satz, den man immer wieder vernahm.

Dann jedoch kamen uns, zum Glück, starke Zweifel, ob wir uns im jetzigen Stadium der gesellschaftlichen Überlegungen zum Thema Legalisierung – so diese ernsthaft überhaupt existieren – in dieser Position wirklich schon mit Details einer konkreten Umsetzung befassen sollten und müssen. Und das hatte dann auch den Durchbruch zu einem Konsenstext zur Folge.

Der Text wurde zwecks Überarbeitung an Gina Naujokat und Mathias Häde delegiert und von ihnen, in enger Abstimmung mit Elternverbänden und dem JES Netzwerk, in kurzer Zeit erstellt.

Inzwischen hatten bereits weitere, ebenfalls im Bereich der Drogenpolitik angesiedelte Organisationen ihr Interesse an unserer Unterschriftenaktion zur Legalisierung bekundet und den Kreis der Mitwirkenden so deutlich vergrößert. Es sind inzwischen beteiligt:

Bundesverband der Grünen Jugend, Deutsche AIDS-Hilfe, Bundesverband Akzept, Deutscher Hanf Verband, akzeptierende Eltern und das bundesweite JES Netzwerk.

Anlässlich des Gedenktags für verstorbene Drogenkonsumenten am 21.07.2005 stand bei vielen der zahlreichen lokalen Aktionen nicht zuletzt die gemeinsame Unterschriftenkampagne im Zentrum des Interesses. Auch im Internet kann unterschrieben werden; Die Adressen lauten *aktionlegal.de.vu* und *http://jes.aidshilfe.de/index.php*

Die Aktion wird bis zum Ende des Jahres 2005 fortgesetzt. Anschließend werden die gesammelten Unterschriften an zuständige Politiker und Ausschüsse übergeben. Ein Aufruf zu dieser Aktion sowie entsprechende Unterschriftenlisten sind als Anlage des DROGENKURIER zu finden.

Mathias Häde/Dirk Schäffer

Das JES Team in Wien

„Das war

Celia Bernecker Medaille für Dirk Schäffer – persönliche Anmerkungen des Preisträgers

Nun steht die blaue Lederschatulle mit der gravierten Medaille aus reinem Silber im Regal meines Arbeitszimmer. Immer wenn mein Blick auf die Medaille fällt, muss ich unweigerlich an die Umstände der Preisverleihung in Wien beim Deutsch/Österreichischem AIDS Kongress denken.

Das ich der Preisträger dieser höchsten Auszeichnung des bundesweiten JES Netzwerks wurde, war für mich die vielleicht größte Überraschung der letzten Jahre .

Auch wenns schwer fällt dies zu glauben, ich hatte keine Ahnung von dem was der Sprecherrat dort vorbereitete hatte. Bedenkt man, dass die Vergabe des Gravurauftrags als JES Koordinator oder Referent immer in meiner Verantwortung lag und unterschiedliche Mitarbeiter in

die Überraschung überhaupt“

cker Preis“ etwas mehr Zeit zur Diskussion im Anschluss an jeden Vortrag hätten…

Nicht mehr erklären konnte ich mir allerdings als zum Abschluss des Workshops der Programmpunkt „Verleihung des Celia Bernecker Preises“ angekündigt wurde. Mein Herz begann immer schneller zu schlagen als Marco das Wort ergriff.

In meinem Kopf ging alles völlig durcheinander. Ich muss gestehen, dass ich Marcos sehr persönliche Rede nur bruchstückhaft vernahm, weil mir das Herz bis in den Hals schlug – vor Freude vor Überraschung auch ein wenig vor Angst und Ungewissheit. (In den Tagen nach der Veranstaltung nahm ich mir die Zeit Marcos Rede in Ruhe zu lesen)

Nach den ersten Sätzen der Laudatio war mir klar „Ich bekomme tatsächlich den Celia Bernecker Preis“ Vielleicht können einige von euch die Bedeutung dieses Preises für mich erahnen.

Schon damals zum Beginn meines Engagements bei JES 1993 in Bonn war ich schnell Feuer und Flamme für JES und die selbstorganisierte Arbeit mit anderen DrogengebraucherInnen. Sehr schnell begann ich Verantwortung im Netzwerk zu tragen. Von der Koordination der damaligen Westschiene, über die Wahl zum JES Bundessprecher bis hin zur hauptamtlichen JES Koordination in der Deutschen AIDS Hilfe.

Es scheint als wäre dieser„Werdegang“ eher glatt und problemlos verlaufen. Diese Einschätzung ist sicherlich nicht ganz falsch, aber ich weis ganz genau wie ich – als Ziehkind einer der damaligen JES Protagonisten aus NRW – von vielen auch sehr kritisch beobachtet wurde. Dies setzte sich auch beim Beginn meiner Tätigkeit als JES Koordinator fort. Manche sagten mir ganz offen, dass sie mir nicht zutrauen würden die Nachfolge von Werner Herrmann und Robert Böhm als bundesweiter JES Koordinator anzutreten.

Auch ich selbst war mir zum Beginn meiner Arbeit nicht ganz sicher ob ich die Erwartungen im Netzwerk und in der Deutschen AIDS Hilfe, die fortan mein Arbeitgeber war, erfüllen konnte. Trotz meiner Erfahrung in der JES Arbeit war vieles für mich neu und neben der Erfüllung meinen eigentlichen Aufgaben galt es meinen Platz in der Bundesgeschäftsstelle der DAH zu finden.

Fortan versuchte ich das Netzwerk nach meinen Vorstellungen zu formen und zu verändern. Es galt für mich aus einigen wenigen männlichen Häuptlingen und vielen vielen Indianern eine Gemeinschaft zu machen, in der viele Drogengebraucher einen kleinen oder größeren Teil von Verantwortung tragen konnten.

Es galt die Männerwirtschaft in ein gleichberechtigtes Miteinander von Frauen und Männern zu verändern. Letztendlich war es mein Ziel JES aus der Ecke der Radikalopposition herauszuholen und den Weg zum kooperationsfähigen Partner einzuschlagen,

der DAH in dieses Unternehmen involviert werden mussten, lässt sich das Maß an Geheimhaltung einschätzen das durch den Sprecherrat erfüllt werden musste.

Einige Monate zuvor hatte ich während der Diskussion um den/die Preisträger immer eine Person und/oder Gruppe favorisiert und wunderte mich über die merkwürdige Zurückhaltung der KollegInnen des Sprecherrates ohne zu Wissen, das ihre Entscheidung bereits gefallen war. Sie sagten, dass der Preis nicht verliehen werden würde.

Auch dies hätte Sinn gemacht, hatten wir doch vereinbart, dass diese Auszeichnung nicht jedes Jahr verliehen werden muss und eine inflationäre Verleihung den Wert dieses Preises mindern könnte.

Auch der Hinweis im Programmheft des Deutsch-Österreichischen AIDS Kongresses, dass im Rahmen meiner Veranstaltung der Preis verliehen wird, konnten sie mir gegenüber plausibel damit begründen, dass das Programmheft bereits vor Wochen gedruckt wurde und die Entscheidung den Preis nicht zu verleihen nicht mehr berücksichtigt werden konnte.

So nahm der Workshop unter meinem Vorsitz seinen Verlauf. Ich kündigte den Zuhörerinnen im vollbesetzten Raum an, dass wir aufgrund des Wegfalls des Programmpunkts „Verleihung – Celia Berne-

Klar, Glückwünsche und Fotos mussten sein …

ohne hierbei auf die klaren drogenpolitischen Positionen des JES Netzwerks verzichten zu müssen.

Die Bewertung dieser damaligen Vorhaben überlasse ich an dieser Stelle anderen.

Meine Freude über die Verleihung der Celia Bernecker Medaillie liegt auch in der Rede von Marco begründet. Ich empfand sie als Bestätigung meiner Bemühungen und meines Engagements für das bundesweite JES Netzwerk und als ein Dankeschön von JES an mich.

Aber auch ich möchte „Danke" sagen. Und bevor mein Dank an JES geht, möchte ich mich bei Claudia – der Frau die ich liebe – bedanken. Claudia war und ist maßgeblich an meinem Engagement für JES beteiligt. Ohne ihr unglaubliches Maß an Ruhe, Verständnis und Stärke, wären die 5 Jahre die wir – aufgrund meiner Arbeit als JES Koordinator und Referent für Drogen und Haft – 600 Kilometer voneinander entfernt lebten und uns nur an den Wochenenden sahen wahrscheinlich weniger erfolgreich verlaufen. Ohne sie wäre mein kontinuierliches Engagement über mehr als 10 Jahre nicht möglich gewesen.

Mein Dank geht aber auch an das JES Netzwerk das mir so unendlich viel gegeben hat. Freude, Anerkennung, Selbstbewusstsein, Verantwortung, eine soziale Gemeinschaft und sogar einige wenige Freunde.

Ich habe viel gelernt in den letzten 10 Jahren und mich weiterentwickelt. Ich habe mein Hobby nun zum Beruf gemacht der mir Spaß bereitet. Das es mir heute rundum gut geht dazu habe ich sicher auch selbst beigetragen, aber ich weiß das auch JES maßgeblich dazu beigetragen hat.

Vielleicht fragen sich einige warum ich all dies hier in einem Beitrag für ein Magazin schreibe? Es gibt hierfür eine ganz einfache Antwort. Ich hätte alles dies gerne in meiner Rede nach der Preisverleihung zum Ausdruck gebracht, aber ich war schlicht so überrascht, überwältigt und sprachlos das ich fast kein Wort herausbrachte.

Somit schreibe ich diese persönlichen Anmerkungen hier im DROGENKURIER, in der Hoffnung das alle diesen Beitrag lesen denen ich auf diese Weise „Danke" sagen möchte.

Dirk Schäffer

Erstens kam es anders und zweitens als Dirk dachte …

Die Verleihung des Celia-Bernecker-Preises

Höchste Geheimhaltungsstufe herrschte im JES-Sprecherrat im Vorfeld des 10. Deutschen und 16. Österreichischen AIDS-Kongresses Anfang Juni in Wien. Um den Namen des Preisträgers für den Celia-Bernecker-Preis zu verheimlichen, wurden unterschiedliche Protokolle der Sprecherratssitzungen verschickt, und offiziell einigte man sich darauf, diese hohe Auszeichnung dieses Jahr nicht zu verleihen.

„Marco in Aktion"

Kondome schützen!

Etwas verwundert war Dirk Schäffer, langjähriger JES-Aktivist und jetziger Referent für Drogen und Menschen in Haft der DAH, schon über diese Entscheidung des JES-Sprecherrates. In Wien angekommen war er schon ein wenig verärgert, dass die Verleihung des Celia-Bernecker-Preises immer noch im Programmheft des AIDS-Kongresses aufgeführt wurde.

Aber noch mehr verärgerte ihn die Tatsache, dass die Infomaterialien für den JES-Stand gänzlich fehlten. Es wurde schon befürchtet, dass Dirk gefrustet wieder abreist. An diesem Abend hätte Dirk sicherlich nicht gedacht, dass der nächste Tag „sein Tag" werden würde.

Der zweite Juni 2005 startete mit strahlendem Sonnenschein und in den pompösen Räumlichkeiten der herrschaftlichen Wiener Hofburg erwachte das Kongressleben. Eine Vortragsreihe am Vormittag befasste sich mit dem Thema „Drogengebraucher und HIV/HCV-Infektionen", in dessen Rahmen der JES-Bun-

Hier ahnte er noch nichts

dessprecher Marco Jesse das erfolgreiche und inzwischen 15-jährige Konzept des JES-Netzwerks vorstellte. Am Ende der Vortragsreihe stand die Verleihung des Celia-Bernecker-Preises an, ein Preis der Humanität und herausragendes Engagement für Drogen Gebrauchende und HIV infizierte Menschen ehrt.

Celia Bernecker war Mitglied des JES-Sprecherrates und Mitarbeiterin der Münchner AIDS Hilfe und engagierte sich im gemeinsamen und solidarischen Kampf für ein menschenwürdiges Leben mit Drogen, bevor sie 1993 an den Folgen ihrer AIDS-Erkrankung verstarb.

Über Dirk schwebte ein großes Fragezeichen als die Verleihung des Preises angekündigt wurde, und Marco Jesse vortrat um die Laudatio zu halten. Während Marco mit einem kurzen Rückblick auf die Geschichte des Celia-Bernecker-Preises die Spannung steigerte, wich Dirks Verwunderung einer freudvoll entsetzten Überraschung. Dann gab es Marco offiziell bekannt: „Das JES-Netzwerk verleiht den Celia-Bernecker-Preis in diesem Jahr an Dirk Schäffer, langjährigen JES-Aktivisten und nun Referent für Drogen und Menschen in Haft der DAH!“ Gerührt schlug Dirk zuerst die Hände vors Gesicht, bevor er mit Tränen in den Augen vortrat, um die Medaille in Erinnerung an Celia Bernecker entgegen zu nehmen. Überwältigt von der großen Ehre, diesen Preis für außergewöhnliches Engagement erhalten zu haben, hielt er mit zitternder Stimme eine kurze Dankesrede.

Der Celia Bernecker Preis für Dirk

Und Dirks Engagement war und ist wahrhaftig außergewöhnlich: Dirk hat die Veränderungen innerhalb und außerhalb des JES-Netzwerkes entscheidend mitgeprägt, und durch sein Augenmerk auf Demokratie, Gleichberechtigung und Vorurteilsfreiheit das Bild von JES in der Öffentlichkeit stark verändert. Zudem stand er den JES-Aktivisten stets tatkräftig zur Seite und nahm sich allen größeren und kleineren Problemen und Fragen an.

Wirklich außergewöhnlich!

Es war also lange überfällig dein Engagement im Interesse von Drogengebrauchern zu ehren – herzlichen Glückwunsch, Dirk!!

Laura

JES Westschiene

JES-Aachen
c/o Drogenhilfe Aachen e.V.
Kaiserplatz 15-18
52062 Aachen
Tel: 0241/40 86 46 + 40 86 47
Fax: 0241/40 60 50
Erreichbar: Mo–Fr 12.30–17.00
Ansprechpartner: Karl-Heinz Reißmann/
Bodo Lange

JES-Bielefeld e.V.
c/o AIDS-Hilfe Bielefeld
Ehlentrupper Weg 45 a
33604 Bielefeld
Tel.: 0521/13 33 88
Fax: 0521/13 33 69
E-mail: JES.Bi.Selbsthilfe.e.V.@gmx.de
info@jes-bielefeld.de
www.junkienetz.de
Ansprechpartner: Mathias Häde
(0521/977 96 14)

JES-Bonn
c/o AIDS-Initiative Bonn e.V.
Bertha-von-Suttner Platz 1-7
53111 Bonn
Tel.: 0228/42282-0
Fax: 0228/42282- 29
E-mail: c.skomorowsky@aids-initiative-bonn.
de
www.aids-initiative-bonn.de
Ansprechpartnerin: Christa Skomorowsky

JES-Duisburg e.V.
c/o AIDS-Hilfe Duisburg/Kreis Wesel e.V.
Friedenstr. 100
47053 Duisburg
Tel.: 0203/66 66 33
Fax: 0203/6 99 84

Junkie-Bund Köln e.V.
Taunusstr. 12 b
51105 Köln
Tel.: 0221/62 20 81
Fax: 0221/62 20 82
E-mail: junkiebund@netcologne.de
www.junkiebund.de
Ansprechpartner: Bernd Lemke

Stand Up
Kölner Str. 147
40227 Düsseldorf
Tel.: 0211/7 70 95 12
Fax: 0211/7 70 95 27
Ansprechpartner: Norbert Schmitz
E-mail: norbert.schmitz@duesseldorf.
aidshilfe.de

JES-Hamm e.V.
c/o Drogenhilfezentrum
Widumstr. 1
59065 Hamm
Tel.: 02381/92 15 30
Fax: 02381/92 15 322
E-mail: drobs@akj-hamm.de

AIDS-Hilfe NRW e.V./JES NRW e.V.
Lindenstr 20
50674 Köln
Tel.: 0221/92 59 96-0
Fax: 0221/92 59 96-9
E-mail: Imke.Sagrudny@nrw.aidshilfe.de
info@jesnrw.de
http://nrw.aidshilfe.de
Imke Sagrudny (Unterstützung JES Selbsthilfe)
Telefondurchwahl: 0221/92 59 96-14

JES Rheda-Wiedenbrück
c/o Heinz Georg Hoffmann
Gütersloher Str. 78
33378 Rheda-Wiedenbrück
Tel.: 05242/40 57 26
Fax: 05242/40 57 27
E-mail: Jschhffmann@aol.com

JES-Wuppertal
c/o Gleis 1
Döppersberg 1
42103 Wuppertal
Tel.: 0202/47 868 43 (JES)
Tel.: 0202/47 828-11 (Gleis 1)
Fax: 0202/47 828-21 (mit Vermerk: für JES)
Alexander Dietsch
Westschienenkoordination
E-mail: Wleprechaun@aol.com

JES Südschiene

JES-Andernach
c/o Michael Reichwald
Albertstr. 26
56626 Andernach
Tel.: 02632/12 22

JES–Donauwörth
c/o Jörn Wonka
Donauwörther Str. 8 b
86663 Bäumenheim
Tel: 0170/9853142

JES Frankfurt
c/o C. und G. Holl
Wittelsbacherallee 34
60316 Frankfurt/Main
Tel.: 069/75893605
E-mail: DieHolls@aol.com

Bundesweite Internetseite
http://jes.aidshilfe.de

Immer aktuell und lesenswert:
www.trio-media.de/jesjournal/

JES-Jugend-, Drogen und AIDS-Hilfe Gunzenhausen e.V.
Bühringer Str. 18
91710 Gunzenhausen
Tel.: 09831/61 98 67
Fax: 09831/31 02 76
E-mail: JES-ML@t-online.de
Ansprechpartnerin: Monika Lang

JES–Heilbronn
c/o Kontaktladen Heilbronn
Bahnhofstr. 43
74072 Heilbronn
Tel.: 07131/67 86 87
Fax: 07131/67 86 88
E-mail: JESHNwiedtemann@web.de
Ansprechpartner: Frank Wiedtemann
JES Bundessprecher

JES–Mainz
c/o AIDS-Hilfe Mainz e.V.
Hopfengarten 19
55116 Mainz
Tel.: 06131/22 22 75
Fax: 06131/23 38 74
E-mail: jes@aidshilfemainz.de
Ansprechpartner: Wolfgang Bode

JES–Mannheim
Ralph Boch
c/o B. Dreesen-Göggerle
Weidenstr. 4
71364 Winnenden
Tel.: 0174/8174032
E-mail: b.dreesen@freenet.de

JES–Marburg
c/o Thomas Bierbaum
Am Mehrdrusch 9
35094 Lahntal–Gossfelden
Tel.: 0177/702 33 86
E-mail: Jes@freenet.de

JES–München
c/o Münchner AIDS-Hilfe e.V.
Lindwurmstr. 71
80337 München
Tel.: 089/544647-22
Fax: 089/544647-11
Mobil: 0178/5247303
Ansprechpartner: Daniel Millekat,
Wolfgang Daniel
E-mail: Dawo60@web.de

Junkiebund Nürnberg e.V.
c/o MUDRA gGmbH
Ludwigstr. 61
90402 Nürnberg
Tel.: 0911/241 82 25
E-mail. Junkiebund@odn.de
Ansprechpartner: Norbert Spangler, Ernst Bauer

JES–Würzburg
c/o Katja Weiß
Sartoriusstr. 12
97072 Würzburg
Tel.: 0178/330 25 55
E-mail: Jes-wuerzburg@web.de

JES–Stuttgart
c/o Café Maus
Hauptstätter Str. 108
70178 Stuttgart
Tel.: 0711/60 15 47 80
Tel.: 0175/9858820 (R. Baur)

JES Nordschiene

JES-Bassum
c/oTandem
Meierkamp 17
27211 Bassum
Tel.: 04241/97 00 18
Fax: 04241/97 04 60
E-mail:Tandem-Bassum@t-online.de
(Mobil: 0179/390 53 20)

JES–Berlin
c/o Claudia Schieren
Delbrückstr. 34
12051 Berlin
Tel: 0162/917 44 05
E-mail: Claudi39@arcor.de
(JES Bundessprecherin)

JES-Braunschweiger Land
c/o Braunschweiger AIDS-Hilfe e.V.
Eulenstr. 5
38114 Braunschweig
Tel.: 0531/58 00 3-37
Fax: 0531/58 00 3-30
E-mail: Jes.bs@braunschweig.aidshilfe.de
Ansprechpartner/in: Stephanie Schmidt,

JES–Bremen e.V.
Findorffstr 94
28215 Bremen
Tel.: 0421/35 48 95
Fax: 0421/376 23 38
E-mail: JESBremen@aol.com
http://www.jesbremen.de
Ansprechpartner/in: Marco Jesse, (JES-Bundessprecher), S. Lahmer (Nordschienenkoordination)

JES Halle
c/o Drobs Halle
Moritzzwinger 17
06108 Halle
Tel: 0345/5170401
Fax: 0345/5170402
Ansprechpartnerin: Katrin Heinze

JES–Hannover
c/o Selbsthilfe Drogengefährderter
Warstr. 15
30167 Hannover
Tel.: 0511/5 41 45 07
Fax.: 040/36 03 47 39 66
Mobil: 0173/9 07 43 08
Email: JESHannover@aol.com

JES–Kassel
c/o AIDS-Hilfe Kassel e.V.
Motzstr. 4
34117 Kassel
Tel.: 0561/10 85 15
Fax: 0561/10 85 69
Ansprechpartner: Kurt Schackmar, Ralf Menger

JES Kiel
c/o Cafe Kontaktladen „Klaro“
Boninstr. 47
24114 Kiel
Tel.: 0431 / 1 37 92

JES Lübeck NEU!! NEU!! NEU!!
c/o Hans Lothar Schneider
Am Finkenberg 42
23738 Lensan
Tel: 04363 / 90 45 30
Email: Hans-Lothar.Schneider@arcor.de

JES–Osnabrück e.V.
Möserstr. 56
49074 Osnabrück
Tel.: 0541/28913
Fax: 0541/350 21 42
Ansprechpartner/in: Susanne Shahadeh
jes-os@t-online.de

JES–Oldenburg e.V.
c/o Oldenburgische AIDS-Hilfe e.V.
Bahnhofstr. 23
26122 Oldenburg
Tel.: 0441/264 64
Fax: 0441/142 22 (z.Hd. JES)
Ansprechpartnerin: Indra Peters

JES Rostock NEU!! NEU!! NEU!!
C/o Anne Franke
Am Wendländer Schilde
18055 Rostock

JES Schwerin NEU!! NEU!! NEU!!
c/o Eric Rohde
Hegelstr. 14
19063 Schwerin

Weitere wichtige Adressen

Deutsche AIDS Hilfe e.V.
Dieffenbachstr. 33
10967 Berlin
Tel.: 030/69 00 87-56
Fax: 030/69 00 87-42
E-mail: Dirk.Schaeffer@dah.aidshilfe.de

Bundesverband der Eltern und Angehörigen für akzept. Drogenarbeit
c/o Jürgen Heimchen
Ravensberger Str. 44
42117 Wuppertal
Tel.: 0202/42 35 19
E-mail: akzeptierende.eltern@t-online.de

Akzept e.V.
Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit +humane Drogenpolitik
Geschäftsstelle C. Kluge-Haberkorn
Südwestkorso 14
12161 Berlin
Tel.: 030/822 28 02
E-mail: akzeptbuero@yahoo.de

JES-Sprecherrat Mailingliste

jes-sprecherrat@yahoogroups.de

Mailinglisten – Schienen

JES-Suedschiene@gmx.net (Nord)
Nordschiene
JES@yahoogroups.de (Süd)
jes
forum@yahoogroups.de (West)
JES_Netzwerk@yahoogroups.de (bundesweit)

Bitte teilt uns eventuelle Adressänderungen mit!!!
(Stand der Adressen: 21.09.2005)

Die Hanfparade 2005 in Berlin

Am Samstag den 13. August fand in Berlin die 9. Hanfparade unter dem Motto „Wir sind das Hanf!“ statt. Hier nun ein paar erste Eindrücke.

Ohne Kommentar…!

Das Hanfmonster!

An der Hanfparade 2005 beteiligten sich ca. 1000–1200 Demonstranten (und nicht wie behauptet nur 300). Sie wurden von 5 Paradewagen begleitet deren Musikangebot von Reggae bis Techno reichte.

Die Polizei war mir mehr als 200 Beamten und immensem Fahrzeugaufgebot vor Ort.

Trotzdem war die Stimmung auf der Hanfparade gut, wenn der Demonstrationszug auch etwas zu leise war. Keine Trommeln, keine Sprechchöre, kein Pfeifkonzert… Da müssen wir nächstes Jahr unbedingt besser werden. Dafür gab es wieder ein paar pfiffige Kostüme zu bewundern. Auch das eine oder andere Banner hat den Demozug begleitet (längst nicht genug).

Warum die Hanfparade nicht feiern durfte …

In den vergangenen acht Jahren fand die Hanfparade stets einen würdigen Abschluss in einer großen Abschlusskundgebung.

Mit Bühnenprogrammen, Nutzhanfareal, Kinderland, Speakers Corner und dem Markt der Möglichkeiten gelang es das Interesse an der Kulturpflanze Hanf zu wecken, Hilfesuchenden mit Informationen zur Seite zu stehen und die Politik an ihr Versprechen einer besseren Drogenpolitik zu erinnern. Darüber hinaus wurde die Hanfparade mit ihrer aufwändigen Abschlusskundgebung zu einem festen Bestandteil des Berliner Kulturkalenders.

In diesem Jahr gab es keine „klassische“ Abschlusskundgebung!

Bereits bei der zweiten Hanfparade im Jahr 1998 wurde die Abschlussveranstaltung kurzerhand verboten. Erst ein Gericht konnte damals die Stadt in ihre Schranken weisen.

Auch in den folgenden Jahren ließ die Berliner Versammlungsbehörde nichts unversucht, die Hanfparade zu be- oder wenn möglich zu verhindern. Obwohl die Versammlungsbehörde gesetzlich zu einer „versammlungsfreundlichen Zusammenarbeit

mit dem Veranstalter“ verpflichtet ist, wurden willkürliche Beschränkungen für Marktstände gemacht, die die Hanfparade an den Rand des finanziellen Kollaps brachten; Man ging sogar soweit, den Ordnern der Hanfparade das Tragen von gleichfarbigen T-Shirts zu verweigern, da dies gegen das Uniformitätsverbot verstoße.

Preisfrage: Wann hat man das letzte Mal Security ohne Securityjacken gesehen?

In diesem Jahr wurde der schwarze Peter

Safer use ohne safer Sex ist nur die Hälfte wert!

an das Amt für Umwelt und Natur des Bezirks Pankow weitergegeben. Dieses Amt Verbot die Abschlusskundgebung der Hanfparade im Berliner Mauerpark mit der Begründung, sie würde „Anlagenbesucher gefährden und unzumutbar stören“.

Nach dem Eindruck der Veranstalter ging es hier aber nicht um Zustand der Grünanlagen denn die Hanfparade hätte wie geplant ablaufen könnte, wenn ein teurer Reinigungsvertrag abgeschlossen worden wäre. Ein solcher Reinigungsvertrag hätte ein Vielfaches des gesamten Hanfparade-Etats gekostet.

Die Veranstalter kritisierten, dass Berlin sich gern nach außen als weltoffene, liberale und zutiefst demokratische Kulturstadt gibt – Wenn man jedoch versucht seine demokratischen Rechte wahrzunehmen, lernt man schnell, dass Berlin in Wirklichkeit mehr einer von Bedenkenträgern, Verweigerern und Verhinderern regierten Kleinstadt gleicht.

Veränderter und gekürzter Text aus www.hanfparade.de

Bericht vom Deutsch-Österreichischen AIDS Kongress 2005 in Wien

Nach langer, intensiver und streckenweise auch sehr anstrengender Mitarbeit im Communityboard des DÖAK war es am 1. Juni endlich so weit und der Kongress nahm mit den bei solchen Gelegenheiten üblichen Eröffnungsreden seinen Lauf.

Als ein Teil des zu gleichen Teilen mit Kollegen aus Deutschland und Österreich besetzten CB’s, möchte ich als erstes noch einmal die Gelegenheit nutzen mich bei allen für die gute Zusammenarbeit und bei den Kollegen aus Österreich dazu noch für die freundliche Aufnahme in Wien zu bedanken.

Gleiches gilt für die Kongresspräsidentin Fr. Dr. Schmied, die immer wieder bereit war die Vorschläge aus der Community Eingang in den Kongress finden zu lassen. Womit ich auch bei den Inhalten angekommen wäre. Erstmals in der Geschichte der AIDS Kongresse wurde diesmal eine eigene Zeitschiene für das Themenfeld „HIV Positive Menschen in Haft“ angeboten. Obwohl hier nicht wie ursprünglich geplant ein Referent aus dem Baskenland über den Versuch einer Heroinvergabe in Haft berichten konnte, waren die Vorträge sehr informativ und trotz der vorgerückten Stunde auch sehr gut besucht. Ruth Steffens, vom Landesverband der AIDS Hilfen in NRW, referierte unter dem Titel ‚Gesundheitsversorgung im Strafvollzug – Konsens und Dissens bei der Kooperation im Schnittstellenbereich zwischen intern und extern‘ über die positiven und auch negativen Erfahrungen die in NRW in der Zusammenarbeit mit den Vollzugsanstalten, den sozialen Diensten der Anstalt und der politischen Ebene gemacht wurden und unterbreitete Lösungsansätze.

Obwohl der Titel fast etwas abschreckend war, wurde dadurch, das die Moderation so etwas wie ein Interview mit Ruth führte das Thema sehr lebendig besprochen und stieß somit bei den ca. 50–60 Teilnehmern des Symposiums auf großes Interesse.

Ein weiterer Teil des Symposiums war der Vortrag: „Substitutionstherapie in Haft – und was dann? Gesetzliche Rahmenbedingungen – wissenschaftliche Erkenntnisse – praktische Erfahrungen“ von Fr. Dr. Eva Resinger einer Ärztin aus Wien die Substitutionsbehandlungen in Haft anbietet.

In diesem Referat wurden einige entscheidende Unterschiede deutlich:

In Österreich ist bei einer Festnahme, der Einstieg in die Substitution problemlos möglich – In Deutschland hingegen wird in aller Regel lediglich eine zuvor begonnene Behandlung mit Methadon fortgesetzt.

Die Bandbreite der zur Verfügung stehenden Substitute ist wesentlich größer. So werden neben Methadon, Polamidon und Subutex auch so genannte ‚retardierte Morphine‘ in der Behandlung eingesetzt. Alle Substitute sind auch in Haft erhältlich. Entscheidend ist hier lediglich die Absprache mit dem behandelnden Arzt. In Deutschland wird bei Haftantritt (bis auf einige wenige Ausnahmen) auf Methadon umgestellt.

Hier kann offensichtlich noch viel von anderen Ländern gelernt werden. In einer Justizvollzugsanstalt im spanischen Bas-

kenland ist sogar die Vergabe von Heroin geplant. Allerdings fehlt auch in Österreich, ebenso wie in Deutschland, eine anonyme Vergabe von sterilen Spritzen und Nadeln zur Verhinderung von Neu- und Reinfektionen. Die Maßnahmen zur Verhinderung von Infektionen mit HIV oder Hepatitis, die in Freiheit seit Jahren erfolgreich greifen, werden so aufgrund von ideologischen Vorbehalten torpediert.

Das die Situation von HIV und Hepatitis Infizierten Menschen in den Deutschen und Österreichischen Justizvollzugsanstalten geprägt ist von Defiziten, von Ausgrenzung, Diskriminierung und medizinischer sowie psychosozialer Unterversorgung zeigte sich auch im Vortrag von Bärbel Knorr (Fachreferentin für den Haftbereich bei der Deutschen AIDS-Hilfe).

Diese Defizite treten in allen Aspekten auf. Beginnend bei dem Fehlen einer echten Freiwilligkeit der HIV und Hepatitis Testungen über gänzlich fehlende oder mangelhafte Aufklärung über Infektionsrisiken und Behandlungsoptionen und nicht zuletzt das Fehlen von Zugängen zu etablierten Präventionsmaterialien wie Kondomen und Spritzbestecken.

Es werden zwar bei Haftantritt, die bereits laufenden HIV-Therapien und Substitutionen fortgesetzt, eine Anpassung oder gar ein Therapieeinstieg ist aber in den allermeisten Fällen nicht möglich.

Erschwerend kommt hinzu dass auf HIV/AIDS und Hepatitis spezialisierte Mediziner in Haftanstalten nicht beschäftigt sind. Wenn dies in Zeiten leerer Kassen vielleicht noch verständlich ist, so ist es unentschuldbar, das in der Regel auch der Zugang zu Spezialisten die außerhalb von Haftanstalten praktizieren verwehrt wird.

Nicht zuletzt fehlt es in allen Bereichen an Vernetzung mit den auf die jeweiligen Aufgabengebiete spezialisierten Menschen und Organisationen wie Selbsthilfen, AIDS-Hilfen und anderen Beratungs- und Behandlungsstellen. Hier könnten sich die Justizressorts ebenso wie jede einzelne Justiz-Vollzugsanstalt inhaltlich und praktisch unterstützen lassen, wenn nicht ganze Bereiche sinnvoller Weise abgetreten werden sollten.

Erste Schritte in diese Richtung werden schon unternommen, aber bisher ist es das Engagement einzelner Menschen aus Justizvollzug und Hilfesystem, das hier für Fortschritte sorgt. Eine eindeutige politische Botschaft ist an dieser Stelle dringend von Nöten. Es muss endlich dafür Sorge getragen werden, das das Grundrecht auf Gleichbehandlung von inhaftierten Menschen und Menschen in Freiheit, Umsetzung findet. Andernfalls werden sich die Infektionen, die sich unter Inhaftierten ungehindert verbreiten und vermehren können, auch wieder in höherem Maße zurück in die Gesellschaft getragen werden. Uneingeschränkter und anonymer Zugang

HIV und HEP vermeiden durch safer use!

zu Kondomen darf nicht länger ein reines Lippenbekenntnis bleiben. Spritzenvergabe muss in Haft mindestens die gleiche Verbreitung finden wie in Freiheit.

Als Resultat dieses Symposiums bleibt zu sagen, das, obwohl einige Versuche unternommen wurden und werden, der Grundsatz der Gleichbehandlung von Menschen innerhalb und außerhalb von Gefängnismauern in den allerwenigsten Punkten umgesetzt ist. Das auch auf den kommenden AIDS-Kongressen Workshops zum Thema Haft angeboten werden ist also nicht nur inhaltlich sondern auch politisch ein Signal das gesetzt werden muss, und auch von allen WS Teilnehmern gewünscht war.

Ebenfalls sehr erfolgreich waren auch die Veranstaltungen die unter dem Titel: „Prävention und Behandlung bei i.v. Drogengebrauchern“ von Fr. Prof. Dr. Gabriele Fischer aus dem Klinikum Wien und Dirk Schäffer von der Deutschen AIDS-Hilfe moderiert wurden. Hier berichtete Hans Haltmayer vom ‚Ganslwirt‘ – der Niedrigschwelligen Drogenberatungsstelle in Wien – zusammen mit seiner Kollegin Elisabeth Tanzmeister, über die Arbeit der Einrichtung und „Erfahrungswerte bei der HIV und Hepatitis C-Prophylaxe im Bereich der Wiener Drogenszene“. Hier wurde auf österreichischer Seite ein ebenso großes Defizit in der Hepatitis Prophylaxe deutlich wie bei uns. Auch hier gibt es bisher lediglich vereinzelte gute Ansätze aber noch keine übergreifende Strategie in der Bekämpfung von Hepatitis bei Drogengebrauchern. Weitere Vorträge waren „Therapieregime und Adhärenz bei HIV-positiven Drogenkonsumenten“ von Dr.Gölz aus Berlin der über die Erfahrungen und Erkenntnisse aus seiner Schwerpunktpraxis in Berlin berichtete und „Living with the daily dose – Europäische Vergleichsstudie zur Verbesserung des Zugangs und der Adhärenz in der antiretroviralen

Behandlung HIV-infizierter Drogengebraucher“ der von Heino Stöver aus Bremen gehalten wurde. Hier wurden die Studienergebnisse vorgestellt, die besagen was wir schon lange wissen – das Drogengebraucher genauso gut in der Lage sind sich an Therapieanweisungen ihrer Ärzte zu halten und Ihre Medikamente regelmäßig und nach Vorschrift einzunehmen wie dies auch nicht Drogengebraucher tun.

Dann hatte ich noch die Gelegenheit unsere Arbeit und die Erfolge die JES Engagement mit sich bringt und gebracht hat, vorzustellen. In diesem Rahmen eine sehr gute Gelegenheit für JES zu werben die auch zu einigen Rückfragen führte und uns auch unter den Medizinern etwas bekannter machte. Dazu war auch der Infostand den JES sich mit den Eltern teilte gedacht und auch hier konnten viele interessante Gespräche geführt und Kontakte geknüpft werden.

Last but not least wurde dann noch der Celia Bernecker Preis an Dirk Schäffer verliehen aber darüber berichten andere … Eine Persönliche Bemerkung nur – ich habe mich sehr gefreut das ich die Gelegenheit hatte für Dirk, der mehr als „nur“ ein Kollege ist die Laudatio halten zu dürfen.

Marco Jesse

Solidarität statt Diskriminierung

AntiSTigma

Suchtmediziner gründen Initiative gegen Diskriminierung und Ausgrenzung

Im Rahmen des suchtmedizinischen Kongresses in München wurde eine bemerkenswerte Aktion vorgestellt, die sich gegen die Diskriminierung Drogen gebrauchender Menschen einsetzt.

Bemerkenswert in soweit, dass diese Initiative mit dem Namen AST AntiStigma von engagierten Suchtmedizinern ins Leben gerufen wurde. Initiatoren dieser Aktion sind u. a. Dr. Gölz, Dr. M Backmund, Prof. Dr. Michael Krausz.

Im Alltag Drogen gebrauchender und Suchtkranker Menschen kommt es immer wieder offen oder versteckt zu Benachteiligung und Stigmatisierung: Im Gesundheitswesen, bei der Wohnung- und Arbeitssuche, auf Sozialämtern oder Arbeitsagenturen.

Schließlich sind es Suchtmediziner selbst, die von ihren StandeskollegInnen oder dem Gesundheitssystem aufgrund ihrer Tätigkeit bzw. ihrer Patienten stigmatisiert werden. Die Aktion hat ein klares Anliegen: Sie möchte zum Umdenken anregen, denn Drogengebrauch und Sucht kann jeden betreffen.

Das Projekt:
In einem ersten konkreten Projekt besteht für Drogengebraucher und andere Menschen die Benachteiligungen, unwürdiges Verhalten gegenüber Drogen Gebrauchenden Menschen beobachten die Möglichkeit, dies direkt der Geschäftsstelle von AST e.V zu berichten oder den beschriebenen Vorfall an die Geschäftsstelle zu senden.

Hierbei geht es allerdings nicht nur darum Negativbeispiele zu sammeln, sondern auch jene Einrichtungen wie Therapien, Ärzte, Krankenhäuser, Drogenberatungsstellen zu benennen wo Drogengebrauchern besonders zuvorkommend und fachlich korrekt entgegen getreten wird.

In Abhängigkeit der eingehenden Meldungen besteht so die Möglichkeit Namen von Einrichtungen die mehrfach besonders Negativ oder Positiv auffallen öffentlich zu machen oder sie aufzusuchen um ihnen die beschriebenen Vorfälle zu schildern.

Ziel dieses Projekts ist, dass Bewusstsein für den Umgang mit Drogen Gebrauchenden und Suchtkranken Menschen zu sensibilisieren und die Qualität der Behandlung oder Betreuung und Beratung zu verbessern.

Jeder Interessierte kann im Freundeskreis von Ast e.V. Mitglied werden und durch das Tragen des AST-Symbols ein Zeichen der Solidarität setzen.

Mehr Informationen zur Aktion AntiSTigma:
Geschäftsstelle AST e.V.
Nicole Widder-Flierl
Tel: 089/12 73 77 51
Mail: AST.eV@t-online.de
Postanschrift: AST e.V.
Postfach 200401 | 80004 München

++AUFRUF++AUFRUF++AUFRUF++AUFRUF++

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dem DROGENKURIER im neuen Stil, möchten wir nicht nur eine Zeitschrift von Drogengebrauchern für Drogengebraucher anbieten, sondern auch eine größere Öffentlichkeit für die gesamte Thematik sensibilisieren, und so das Bild wie DrogengebraucherInnen in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden korrigieren

Damit der DROGENKURIER für DrogengebraucherInnen und andere Leserinnen und Leser ein lesenwertes und interessantes Magazin bleibt, sind wir auf Eure und Ihre Mithilfe angewiesen:

Eine Seite soll daher ab der nächsten Ausgabe des DROGENKURIER für Leserbriefe genutzt werden. Mit Leserbriefen möchten wir Eure und Ihre Kommentare, Ideen und Anregungen veröffentlichen. Hier darf ebenfalls gemeckert und gelobt werden.

Der DROGENKURIER soll Ihnen und euch zukünftig auch die Möglichkeit mit Mitgestaltung bieten.

Berichte über neue Projekte und Einrichtungen die sich durch besondere Innovationen und besonderes Engagement für Drogen gebrauchende Menschen auszeichnen sind ebenso willkommen wie Tipps, die für Drogengebraucher nützlich sein können z.B. rechtliches.

Also, wir freuen uns auf Eure und Ihre Artikel rund um das Thema Drogen um gemeinsam ein Magazin zu gestalten, das Spaß macht, authentisch berichtet und zum nutzen aller ist.

Ilona/JES Sprecherrat

Substitutionstherapie und Hepatitis C-Behandlung

Therapiekompetenz
in einmaliger Kombination
für Patient und Therapeut

essex pharma

essex pharma GmbH
Thomas-Dehler-Straße 27
81737 München
www.essex.de

JES Lübeck – „JES“ bietet Hilfe auf dem Weg zum Absprung

Lensahn – Weg von der Kriminalisierung, hin zur Selbsthilfe und zur Eigenverantwortlichkeit. Die neue Selbsthilfegruppe „JES“ in Lensahn will auch für diejenigen Ansprechpartner sein, die den Absprung von der Droge noch nicht geschafft haben.

Wenn Hans-Lothar Schneider über Drogenabhängigkeit spricht, weiß er, wovon er redet. 20 Jahre lang hat er in Berlin Drogen konsumiert, fünf Jahre davon „harten Stoff“. Zwei Anläufe hat der heute 36-Jährige gebraucht, um einen Ausstieg aus dem Teufelskreis der Heroinabhängigkeit zu finden. Erst eine Therapie in der Fachklinik für Suchttherapie „Teen Challenge“ auf Fehmarn ermöglichte es ihm, die Sucht hinter sich zu lassen.

Seine Erfahrungen aus der Zeit der Abhängigkeit, aber auch die ihm zu Teil gewordene Hilfe haben bei Hans-Lothar Schneider den Wunsch geweckt, anderen Menschen helfen zu können. „Ich wäre damals froh gewesen, wenn ich jemanden gehabt hätte, der mich wie einen Menschen behandelt“, erinnert er sich an sein dunkelstes Kapitel.

Und genau dies ist der Ansatz von „JES“, einer Selbsthilfegruppe, die Schneider noch aus Berliner Zeiten kannte, und nach deren Grundsätzen auch Drogenkonsumenten ein Recht auf Menschenwürde haben. Der Name rekrutiert sich aus den Anfangsbuchstaben der von JES anvisierten Zielgruppe: Junkies, Ehemalige und Substituierte.

Die Selbsthilfearbeit gründet sich dabei auf das Solidarprinzip: Wer Kraft hat, gibt Unterstützung, wer Unterstützung braucht, bekommt diese. Drogenkonsumenten, Konsumenten von so genannten Substitutionsdrogen wie zum Beispiel Metadon, aber auch Ehemaligen will die Selbsthilfegruppe ein niederschwelliges Angebot bieten als Ansprechpartner in allen Fragen und Problemstellungen, die mit der Drogenabhängigkeit einher gehen.

Den Ansatz, dass Betroffene Betroffenen helfen, kann Hans-Lothar Schneider aus seiner eigenen Drogenabhängigkeit gut nachvollziehen: „Als Abhängiger bist du in herkömmlichen Beratungen meistens ganz unten und der Berater ganz oben. Bei ‚JES‘ findet dagegen ein Gespräch auf Augenhöhe statt.“ Dennoch sieht Schneider die Selbsthilfegruppe nicht als Konkurrenz, sondern vielmehr als Ergänzung oder Alternative zu bestehenden Beratungseinrichtungen an.

Drogenabhängigen einen Weg aus der Beschaffungskriminalität oder der Prostitution zu zeigen und sie über die Gefahren bei der Ansteckung mit Hepatitis oder

Impfen schützt gegen Hepatitis A und B!

Aids zu informieren sind weitere Anliegen der Organisation, die zudem eng mit der Deutschen Aidshilfe zusammenarbeitet. Schneider: „Es ist besser, den Menschen da abzuholen, wo er sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt befindet. Selbst bei ‚therapie-resistenten‘ Personen ist der Schaden für die Person und die Gesellschaft geringer, wenn man ein Umfeld schafft, das die Betroffenen aus der Kriminalität und der Isolation herausholt.“

Wer die Selbsthilfegruppe unterstützen oder selbst Hilfe in Anspruch nehmen möchte, kann sich unter der Lensahner Rufnummer 043 63/90 45 30 an Hans-Lothar Schneider wenden. Weitere Informationen über „JES“ als bundesweite Organisation können auch über die Homepage der Selbsthilfegruppe www.jes.aidshilfe.de bezogen werden.

Von Thomas Klatt, LN
ln-online/lokales vom 07.09.2005 01:00

Bundesopiumstelle und Datenschutz

108. Deutscher Ärztetag beschließt Resolution zur Einhaltung des Datenschutzes bzgl. Substitutionsregister

Der 108. Deutsche Ärztetag fordert in Zusammenhang mit der Führung eines Substitutionsregisters die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen. Er hält es nicht für zulässig, dass patienten- oder/und arztbezogene Daten des Registers im Sinne der Amtshilfe an ermittelnde Behörden weitergegeben werden.

Begründung:
Die Betäubungsmittel-Verschreibungsverordnung (BtMVV) schreibt die Einrichtung eines Substitutionsregisters in § 5 a (BtMVV) vor. Dort ist festgelegt, dass die Daten des Substitutionsregisters nur verwendet werden dürfen, um

1. das Verschreiben eines Substitutionsmittels durch mehrere Ärzte für denselben Patienten und denselben Zeitraum frühestmöglich zu verhindern,
2. die Erfüllung der Mindestanforderungen nach § 5 zu überprüfen und
3. das Verschreiben von Substitutionsmitteln entsprechend den Vorgaben nach § 13 statistisch auszuwerten.

Die strengen Vorschriften der BtMVV tragen der möglichen Verletzung der ärztlichen Schweigepflicht Rechnung, die durch die Weitergabe sensibler Patientendaten entstehen können. Der behandelnde Arzt und sein substituierter Patient müssen davon ausgehen können, dass die weitergegebenen Daten nur verwendet werden, wozu sie erhoben wurden. Sollte der Arzt nicht auf diese Vorschriften und die Datensicherheit bauen können, macht er sich schuldig nach § 203 StGB (Schweige-pflichtverletzung). Angedrohtes Strafmaß sind 2 Jahre oder Geldstrafe.

Wenn die Bundesopiumstelle auf Nachfrage mitteilt, dass sie es für angemessen hält, der Staatsanwaltschaft sowie der Polizei nach § 160/161 Strafprozessordnung

THC-positive Urintests durch Sustiva!

In den letzten Monaten erhielten wir von der AIDS-Hilfe Augsburg Rückmeldungen, dass Urinkontrollen bei HIV-infizierten Gefangenen einen positiven Wert für THC (Cannabis, Marihuana) anzeigten, obwohl die Gefangenen versicherten, kein Cannabis konsumiert zu haben. Die betreffenden Personen erhielten u.a. das Medikament „Sustiva" zur Behandlung der HIV-Infektion.

Positive Urinkontrollen können für Gefangene mit erheblichen Sanktionen (Ausgangssperren, Verweigerung einer Therapie nach § 35) verbunden sein und auch für HIV-positive Menschen außerhalb der Haft, z.B. wenn sie sich in einer Substitutionsbehandlung befinden, negative Auswirkungen haben.

Ein Unternehmen, das Drogenschnelltests (Immunoassays) herstellt sowie die Herstellerfirma von Sustiva (BMS) teilen mit, dass bei Drogenscreenings mit Schnelltests nach Sustiva-einnahme häufiger falsch positive THC-Befunde durch Kreuzreaktionen auftreten. Die Kreuzreaktion ist bereits in der Fachinformation von Sustiva vermerkt.

Das Phänomen, dass Suchtests falsch positive Resultate anzeigen, kennen wir ja schon vom HIV-Suchtest. Daher muss nach jedem reaktiven HIV-Suchtest (ELISA) ein Bestätigungstest (Western-Blot) erfolgen. Diese zwangsläufige Bestätigung durch einen zweiten Test gibt es bei den Drogenscreenings im Knast nicht. Die Urinprobe wird im Kühlschrank des Labors verwahrt. Wenn der Gefangene nicht innerhalb von 2 Wochen widerspricht, gilt der positive Schnelltest als „angenommen".

Widerspricht der Gefangene, muss der Schnelltest bestätigt werden. Dies geschieht durch eine Gaschromatographie aus der gleichen Urinprobe. Bei einer Gaschromatographie können alle Substanzen in der Probe genau dargestellt werden. Beispiel: Die Gaschromatographie kann –anders als der Schnelltest- zwischen Codein und Heroin unterscheiden und auch zwischen Sustiva (Efavirenz) und THC (Tetrahydrocannabinol). Mit diesem Bestätigungstest kann der Getestete dann ggf. entlastet werden.

Die Gefangenen wissen meist nicht, dass sie ein Recht darauf haben, dem Ergebnis des Schnelltests zu widersprechen. Man kann sich dabei auf die Fachinformation von Sustiva berufen, zu der jeder Gefängnisarzt Zugang hat. Der Bestätigungstest wird (anders als bei einem HIV-Test) nicht routinemäßig durchgeführt. Der Grund dürfte in den zusätzlichen Kosten liegen: ein Schnelltest kostet ca. 6-10 Euro, ein Bestätigungstest 42-70 Euro.

Sollten euch ähnliche Fälle bekannt werden, bitten wir euch um eine kurze Mitteilung.

Dirk Schäffer

(StPO) Auskunft zu erteilen, verletzt sie das in sie gesetzte Vertrauen.

Wir dürfen in Bereich des Schutzes der Patientendaten keine Kompromisse eingehen.

Haschisch als Medizin genehmigungspflichtig

Das Bundesverfassungsgericht weist die Klage eines Schwerbehinderten ab. Die Selbstmedikation mit Cannabis bleibt in Deutschland generell verboten. Darauf wies das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hin. Dessen Richter nahmen mit dieser Begründung die Beschwerde eines Schmerzkranken nicht zur Entscheidung an. Der Kläger hatte gegen eine Geldstrafe wegen der Einfuhr von Cannabis zu medizinischen Zwecken Beschwerde vor dem obersten deutschen Gericht eingelegt.

Der Beschwerdeführer leidet wegen eines Motorradunfalls, der zu einer Schwerbehinderung von 80 Prozent geführt hatte, an Schmerzen im linken Arm und Bein. Bei einer Einreise aus den Niederlanden führte er auf ärztliche Empfehlung Haschischöl und Marihuana mit sich. Diese habe er zur Linderung seiner Schmerzen konsumieren wollen, gab der Mann in Vernehmungen an.

Er wurde an der Grenze erwischt und deswegen von den Vorinstanzen wegen der Einfuhr von Betäubungsmitteln zu einer Geldstrafe verurteilt. Mit seiner Beschwerde gegen das Urteil scheiterte er.

Der Kläger sieht sich in seiner Menschenwürde verletzt. Diese Begründung wiesen die Richter in ihrem Beschluß jedoch ab: Der Konsum von Drogen gehöre nicht zum unantastbaren Kernbereich seiner privaten Lebensgestaltung.

Die Richter betonten jedoch, dass in genehmigten Ausnahmen der straffreie Konsum von Cannabisprodukten möglich sei. Der Mann hätte demnach zunächst versuchen müssen, auf der Grundlage des Betäubungsmittelgesetzes eine Ausnahmeerlaubnis zum straffreien Konsum für eine medizinisch notwendige Behandlung mit Cannabisprodukten zu erlangen.

Quelle Welt: 12. Juli 2005

Knast-Initiative „Grüne Zelle" im Aufbau

Auch während der Verbüßung einer 33-monatigen Haftstrafe wegen Hanf, zeigt der Grüne Hilfe-Aktivist René Gorig Rückrat. Nachdem er vorzeitig aus der Therapieeinrichtung Ludwigsmühle in Lustadt entassen wurde, musste er statt „Therapie statt Strafe" wieder die Haft in der JVA Wittlich antreten. Dort bemüht er sich derzeit um den Aufbau der Knast-Initiative „Grüne Zelle".

Die Grüne Zelle ist eine Selbsthilfe-Initiative von Menschen, die wegen des Umgangs mit THC-Hanf (-produkten) inhaftiert sind.

Ziel ist der bundesweite Zusammenschluss möglichst vieler Hanfgefangenen, um entsprechende Forderungen, konzentriert formuliert an die Öffentlichkeit und politischen Entscheidungsträger zu bringen.

Derzeit sucht René Gorig nach Möglichkeiten eines monatlichen Bulletins, wobei er Kontakt zum Förderverein „Lichtblick"/Berlin hält, der Gefangene bei der „Erstellung druckfähiger Texte, insbesondere journalistisch verwertbarer Darstellungen" unterstützt. Zunächst wird René Gorig einen Rundbrief mit erster Initiativen-Selbstdarstellung verfassen, der an die Redaktionen von, ihm bekannten, 28 Knastzeitungen geht.

René Gorig freut sich über Briefkontakte und Rückmeldungen (bitte Rückporto bis zu 10 Briefmarken beilegen): René Gorig, z.Zt. JVA Wittlich, Trierer Landstraße 32, 54516 Wittlich

Quelle: www.hanfverband.de

Mies gemixt, schnell gestorben

taz Berlin lokal 19.5.2005, Matthias Lohre
Entgegen dem Bundestrend sterben in der Hauptstadt immer mehr Menschen durch Drogen. Mischkonsum ist ein Grund für den Anstieg. Grüne kritisieren die Drogenpolitik des Senats

Die Zahl der Berliner Drogentoten ist im Jahr 2004 stark gestiegen. Während bundesweit weniger Menschen an den Folgen ihres Drogenkonsums gestorben sind, verzeichnete die Hauptstadt im vergangenen Jahr 192 Todesfälle (bundesweit 1.385). Im Vergleich zu 2003 (165) war das ein Anstieg von 16,4 Prozent, berichtete gestern Monika Wojak, Mitarbeiterin der Landesdrogenbeauftragten.

Auch die Zahlen für das erste Quartal dieses Jahres verheißen nichts Gutes. 48 Drogenkranke starben allein bis Ende März an ihrer Drogenkrankheit, zwölf mehr als im Vergleichszeitraum 2004. Trotzdem fallen die Urteile über die Entwicklung in Berlin sehr unterschiedlich aus. Die Landesdrogenbeauftragte kann keine dramatische Entwicklung erkennen, während die Grünen die Drogenpolitik des Senats scharf kritisieren.

Die Sprecherin der Landesdrogenbeauftragten Elfriede Koller, Monika Wojak, sieht keine großen Abweichungen zur Entwicklung auf Bundesebene: „Schaut man sich wellenförmige Bewegungen der vergangenen Jahre an, so liegt Berlin dennoch generell im bundesweiten Trend." Die Konzentration der verbreiteten Drogen ändere sich ständig. „Manchmal liegt sie bei 6 Prozent, dann mal eine Weile bei bis zu 20 Prozent."

Auffällig ist aus Wojaks Sicht jedoch der Trend zu „Drogencocktails": „80 bis 90 Prozent der Toten haben zwei bis fünf verschiedene Substanzen im Blut. Das haut selbst den Gesündesten um." Körperliche Vorerkrankungen kämen hinzu. Deshalb dürfe man auch den starken Anstieg der Berliner Drogentoten im ersten Quartal 2005 nicht überbewerten: „Das kann im nächsten Monat schon wieder anders aussehen."

Heroin vom Arzt auch für Bielefelder

Neue Westfälische 21.07.2005
BIELEFELD (cos). Heroin sollte als Arzneimittel zugelassen werden. Das fordert anlässlich des „Gedenktags für gestorbene Drogenkonsumenten" der Verein JES Bielefeld (Junkies, Ehemalige, Substituierte). Die Bielefelder Drogenberatung würde die Heroinbehandlung in den Kanon ihrer Therapien aufnehmen, sollte die Politik sich dafür entscheiden. Sieben Städte testen seit 2002 Heroin-Abgabe, laut Drogenbratung mit überwiegend positiven Ergebnissen.

Fünf Menschen sind im Jahr 2004 an den Folgen ihres Drogenkonsums gestorben, sechs weniger als im Jahr davor. Der Drogenszene in Bielefeld gehören laut Harald Schieblon (Drogenberatung) seit Jahren etwa 1.200 bis 1.500 Menschen an, zu zwei Dritteln Männer. Die Arbeit mit Drogensüchtigen verlaufe in stabilen Bahnen, sagt Schieblon. „Die Ordnungspartnerschaft funktioniert." Die Staatsanwaltschaft, Polizei, Stadt und Drogenberatung mussten diese Partnerschaft vereinbaren, um einen stabilen Rahmen für ihre Arbeit in einer juristischen Grauzone zu schaffen.

Die Rechtsunsicherheit, die vor zwei Jahren der „Krause-Prozess" gegen Polizeispitze und Sozialarbeiter offenbart hat, „besteht weiterhin", sagt Schieblon. Die rechtliche Lage der Sozialarbeiter sein unverändert. Sie müssen hoffen, dass niemand auf die Idee kommt, sie anzuklagen.

An der Borsigstraße betreibt die Drogenberatung unter anderem einen „Druckraum", in dem sich Junkies unter Aufsicht und mit sterilen Spritzen die Droge verabreichen. Der Raum sei mal besser, mal weniger gut besucht, sagt Schieblon. „Das schwankt." Immer weiter etabliert habe sich seit ihrem Beginn 1992 die Methadonbehandlung. Etwa 600 Abhängige, die Hälfte der in Bielefeld lebenden, bekommen Methadon. Die Statistik offenbarten einen konstanten Anstieg der Substituierten, von 306 (1996) über 459 (1999) auf 580 (2004).

Das sieht die drogenpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, Elfi Jantzen, ganz anders. Zwar gebe es durchaus Wellenbewegungen bei der Zahl der Drogentoten. Doch hinter der Berliner Sonderentwicklung erkennt Jantzen Fehler der Landesdrogenbeauftragten: „Frau Koller sperrt sich gegen ressort- und bezirksübergreifende Präventionsmaßnahmen." Seit Ende 2004 verzögere sich die vom Abgeordnetenhaus beschlossene Einrichtung einer Fachstelle für Drogenpolitik. Die Mittel für Jugendprojekte in den Kiezen, etwa in Neukölln, seien bereits seit Ende Februar gekürzt worden.

Die Landesdrogenbeauftragte selbst forderte vor zwei Wochen ein Umdenken in der Drogenpolitik des Senats. Doch während Elfriede Koller damals kritisierte, zehn Gramm Cannabis für den Eigenverbrauch seien „ein falsches Signal für die Jugend", findet die Grünen-Politikerin die Gleichsetzung von harten und weichen Drogen „schlimm".

Drogenkonsumräume in Berlin werden angenommen

523 Opiatabhängige nutzten im Jahr 2004 das Angebot

Ärztezeitung 24.08.2005
BERLIN (ami). Seit zwei Jahren gibt es die Drogenkonsumräume in der Hauptstadt. Sie werden gut genutzt und sind inzwischen auch mit anderen Einrichtungen der Drogenhilfe vernetzt.

Das sind die Ergebnisse einer Studie der Berliner Senatsgesundheitsverwaltung. 523 von insgesamt etwa 6000 in Berlin lebenden Opiatabhängigen haben nach der Studie im vergangenen Jahr die 15 Plätze in den Konsumräumen besucht – trotz eingeschränkter Öffnungszeiten. 86,1 Prozent der Betroffenen nahmen Heroin, 8,4 Prozent eine Mischung aus Heroin und Kokain, 5,5 Prozent konsumierten Kokain.

Gut kamen bei den Betroffenen auch die medizinischen Leistungen und die Angebote zum Duschen und Wäschewaschen an. 109 der 523 drogenabhängigen Konsumraumnutzer nutzten den Senatsangaben zufolge auch die Drogenberatungsstellen der Stadt.

Akzeptiert werden die Konsumräume mittlerweile auch von anderen Einrichtungen der Drogenhilfe. Fast alle Mitarbeiter der

verschiedenen Beratungs- und Kontaktstellen und auch das Personal von ambulanten oder stationären Entgiftungseinrichtungen sind über das Angebot der Konsumräume informiert.

Auch bei den Anwohnern der Drogenkonsumräume gibt es keine Vorbehalte, wie eine repräsentative Anwohnerbefragung ergab. 80 Prozent der Anwohner sprachen sich sogar für die Konsumräume aus, heißt es bei der Senatsverwaltung für Gesundheit.

Auf halber Strecke versackt

taz Berlin lokal 6.4.2005, Gereon Asmuth
Cannabis wird legalisiert, jubelte der PDS-Abgeordnete Freke Over. Der Besitz von 30 Gramm des berauschenden Stoffes sei von Stund an legal. Mit dieser Nachricht verbreitete er heitere Entspannung auf dem Kreuzberger Mariannenplatz. Das war am 1. Mai – vor einem Jahr. Da hatte gerade das Abgeordnetenhaus den Senat zu einem liberaleren Umgang mit den THC-haltigen Drogen aufgefordert. Genauer hieß es darin: Der Besitz von bis zu 15 Gramm Cannabis solle grundsätzlich straffrei bleiben. Selbst bei bis zu 30 Gramm könnten Verfahren eingestellt werden. Auch Justizsenatorin Karin Schubert (SPD) begrüßte damals den Vorstoß. Und doch dauerte es fast ein Jahr, bis sich der Senat gestern zu einer entsprechenden Regelung durchrang – und auf halber Strecke stehen blieb.

Kommentar von geron Asmuth
Denn nun sollen nur bis zu 10 Gramm straffrei bleiben, bis 15 Gramm kann eingestellt werden. Das ist weniger ein Versagen des Senats als ein deutliches Zeichen dafür, wie sehr die Droge immer noch in breiten Teilen der Gesellschaft dämonisiert wird.

Die CDU packte gestern prompt die alte Mär von der Einstiegsdroge Cannabis aus, die viele Jugendliche direkt in die Fixerstuben von Moabit und Kreuzberg führe. Dabei sollte man meinen, dieser aus alten Populismen zusammengebraute Blödsinn könne sich allenfalls noch an Stammtischen halten, die gehörig der mindestens genauso gefährlichen, aber legalen Droge Alkohol frönen.

Die ursprünglich großzügiger geplante Liberalisierung ist aber nicht am Widerstand der Opposition gescheitert, sondern an der Hartnäckigkeit der Strafverfolger in der Staatsanwaltschaft. Und die wiederum kann sich ausgerechnet auf die Zögerlichkeit der rot-grünen Bundesregierung berufen. Denn Rot-Grün hat, obwohl seit über sechs Jahren im Amt, noch nichts bewegt in Sachen Liberalisierung.

Der Hauptststadt-Kiffer darf sich dennoch gelassener zurücklehnen. Auch mit 10 Gramm kann er sich ohne Verfolgungswahn ordentlich bedröhnen. Wer mehr braucht, muss zwar weiterhin eine Strafe fürchten, obwohl er doch allenfalls ein Angebot zur Therapie benötigt. Aber auch darüber sollen laut Senat künftig Polizei und Staatsanwaltschaft verstärkt informieren.

Tattoo im Urlaub: Hepatitis gibt es gratis dazu

Mangelnde Hygiene kann Hepatitis-Infektion begünstigen

Copyright: KWHC GmbH

pts 27.07.2005 (gekürzte Fassung)
Manche nutzen den Urlaub, um sich am Ferienort ein Tattoo in die Haut ritzen zu lassen. Doch Vorsicht: Bei mangelnder Sauberkeit kann man sich nicht nur die Verzierung, sondern auch eine gefährliche Lebererkrankung (Hepatitis C) einhandeln.

Urlaubszeit ist Reisezeit. Und bei Sonne, Meer und Ferienspaß werden Risiken gerne verdrängt. Wer denkt schon daran, dass der nette Urlaubsflirt als Erinnerung eine gefährliche Hepatitis hinterlassen kann? Oder dass das schicke Tattoo als Erinnerung zwar Freude machen, aber zu Hause noch jahrelang quälende Nebenwirkungen bringen kann?

Die Hälfte der Hepatitis A -Fälle in Deutschland wird im Urlaub in südlichen Ländern durch die Aufnahme von verunreinigtem Wasser erworben. In zwei Drittel der Fälle verläuft die Erkrankung symptomlos. Sie wird von den Betroffenen überhaupt nicht bemerkt und heilt von selbst wieder aus. Dennoch ist eine Impfung vor dem Urlaub möglich und empfehlenswert.

Schwerer können die Folgen einer Hepatitis B-Erkrankung sein. Eine Infektion kann bei chronischem Verlauf Leberzirrhose und Leberkrebs nach sich ziehen. Jährlich sterben ca. 1.000 Deutsche an Hepatitis B.

Übertragen wird Hepatitis durch alle Arten von Körperflüssigkeiten, beispielsweise durch unvorsichtige sexuelle Kontakte. Pro Jahr werden ca. 50.000 Neuinfektionen in Deutschland gemeldet. Am stärksten betroffen ist hierbei die Gruppe der 15- bis 25jährigen. Dass die Ansteckungshäufigkeit 100 mal höher als bei HIV ist, liegt unter anderem an der Tatsache, dass Hepatitis B-Viren bis zu 7 Tage außerhalb des Körpers ansteckend bleiben können (z.B. an gemeinsam verwendeten Rasierern oder Zahnbürsten). Eine Impfung ist, wie auch bei der Hepatitis A, möglich und vor einer Urlaubsreise angebracht.

Keine Impfmöglichkeit besteht hingegen für die Hepatitis C. Bei ihr ist ebenfalls eine sexuelle Übertragung möglich, wenn auch größere Gefahren von einer Bluttransfusion (insbesondere vor 1991) ausgehen. Eine weitere, aber oft unbedachte Möglichkeit der Ansteckung ist das Anbringen von Tattoos und Piercings unter nicht sterilen Bedingungen, wie dies oft in Touristenorten der Fall sein kann.

Sollten Sie sich nicht sicher sein, ob Sie an Hepatitis erkrankt sind, suchen Sie am besten einen Arzt auf. Dies gilt auch für diejenigen, die in den vergangenen Jahren im Ausland Tattoos oder Piercings erhielten und im nachhinein Zweifel an der damaligen Hygiene haben. Denn je eher der Arzt die Erkrankung entdeckt, desto besser kann er Ihnen helfen.

Neue Medien der DAH

Seit der letzten Ausgabe des DROGENKURIER sind wieder neue Medien der Deutschen AIDS-Hilfe fertig gestellt worden. Diesmal stehen die Themen „Drogengebrauch und Partnerschaft“ sowie „Gesundheit in Haft“ im Mittelpunkt

Voll im Leben –Geschichten und Infos rund um Drogengebrauch und Partnerschaft

Die Broschüre will dazu ermutigen Probleme die in Partnerschaften bei denen einer oder beide Partner Drogen gebrauchen entstehen gemeinsam anzugehen und Themen wie Safer Sex, Verlustängste, Drogengebrauch sowie HIV und Hepatitis offen zu diskutieren.

Hierzu wurde auf die sonst übliche Art der Vermittlung von Informationen verzichtet. Stattdessen werden Geschichten „voll aus dem Leben“ erzählt.

Die Broschüre wendet sich an Männer und Frauen in Partnerschaften in denen der Konsum von Drogen eine Rolle spielt. Ergänzt werden die „Geschichten“ durch Sachinformationen die für die Gesundheit Drogen gebrauchender Menschen und deren Partnern wichtig sind.

Gesundheitsförderung in Haft

Im Oktober des letzten Jahres fand die 1. Europäische Konferenz zur Gesundheitsförderung in Haft statt. In der nun erschienenen Dokumentation werden die Ergebnisse des fachlichen Austauschs zusammengefasst und dokumentiert.

Da dieses Medium nur in sehr begrenzter Auflagenhöhe vorliegt, besteht die Möglichkeit die Dokumentation unter http://www.wiad.de/projekte/hiv/prison/Doku.pdf einzusehen bzw. herunterzuladen.

„Risiko mindern beim Drogengebrauch“

... sollte in eurer persönlichen Bibliothek nicht fehlen ...

Die 3. überarbeitete und erweiterte Auflage will die »Risikokompetenz« der DrogennutzerInnen und die »Beratungskompetenz« der professionellen HelferInnen in der Aids- und Drogenhilfe stärken. Der Band zielt darauf ab, eine Brücke zu schlagen zwischen Betroffenenkompetenz und professioneller Expertise, um den Dialog zwischen beiden Ebenen zu stimulieren. Lebensweltnähe und Zielgruppenspezifik bilden die zentralen Orientierungen.

Neu aufgenommen sind:

> Safer Use Crack/Kokain
> Kontrolliertes Rauchen
> Harm Reduction und Safer Use-Tipps
> Wechselwirkungen Therapeutika und Drogen
> Konzept von Cannabis und Elternberatung
> Innovative Methoden der Hepatitisprävention
> Konsumraumstandards
> Mischkonsum und Wechselwirkungen
> Auf eigene Faust entziehen – Tipps & Tricks

| Band 37 3. Auflage | DIN A5 zahlreiche Zeichnungen | Abbildungen und Tabellen | 416 Seiten, 2-farbig | kartoniert | erschienen: 2005 | Preis: 19.40 € | inkl. 7.00 % MwSt. | ISBN: 3-936065-29-2 |

In dieser Ausgabe des Drogenkurier vergeben wir erstmals den symbolischen Preis für das Ferkel / die Ferkelei des Monats an:

pro Köln e.V. !!!

Bürgerbewegung pro Köln e.V.

Für ihre diffamierende und menschenunwürdige Kampagne gegen den Junkie Bund Köln. Unter dem Deckmantel einer seriösen Bürgerbewegung verbreiten sie übelste Propaganda gegen Drogengebrauchende Menschen und Einrichtungen die Drogengebraucher unterstützen.

Junkies – Ehemalige – Substituierte
Bundesweites Drogenselbsthilfenetzwerk
c/o Deutsche AIDS-Hilfe e.V.
Dieffenbachstr 33
10967 Berlin
Tel.: 030/69 00 87-56
Fax: 030/69 00 87 42
Mail: jes-sprecherrat@yahoogroups.de
www.jes.aidshilfe.de